

# Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

C D E F

Es rührt sich im Ruhrgebiet / Breslaus Jugend stößt vor / Fortschritte in Berlin

## Die Kampffront wächst!

### Starker Widerhall des Offenen Briefes der SAP auch aus den Gewerkschaften

Hamborn, 2. Januar.

Eine große Anzahl Funktionäre aus Hamborn, vor allem führende Gewerkschaftsfunktionäre, richteten an den Parteivorstand der SAP die folgende Zustimmungserklärung zu seinem „Offenen Brief an alle Arbeiterorganisationen“.

Die unterzeichneten Funktionäre begrüßen den in der „Sozialistischen Arbeiter-Zeitung“ am 25. Dezember 1931 vom Hauptvorstand der SAP veröffentlichten „Offenen Brief an alle Arbeiterorganisationen“ und verpflichten sich, in ihren Organisationen mit aller Kraft dafür einzutreten, daß die gesamten Organisationen sich beteiligen an den gemeinsamen Kundgebungen.

„Gegen die durch die letzte Notverordnung erneut verschärfte Verelendung der Arbeiterschaft: Gegen Lohn- und Gehaltsabbau, gegen Rentenraub, gegen die Aufhebung des Tarifrechtes, gegen die Aufhebung des Mieterschutzes, gegen die Kulturreaktion.“

Wir erblicken in diesen gemeinsamen Aktionen den Anfang zur Errichtung der proletarischen Klassenfront.

Gustav Huth, Vors. des Bergbau-Indu-

striearbeiter-Verbandes, Zahlstelle Hamborn-Schmidthorst;  
Heinrich Müllig, Vors. des Bergbau-Industriearbeiter-Verbandes, Zahlstelle H.-Obermarxloh;  
Franz Böhm, Vors. des Betriebsrats der Ver. Stahlwerke A. G., Kokerei 4/8;  
Max Keller, Vors. des Betriebsrats des Steinkohlenbergwerks Neumühl;  
Br. Maaß, Geschäftsführer des Reichsbundes Deutscher Mieter e. V.;  
K. Völker, Vors. des Mieterschutzvereins Verband Ruhrkohlenbezirk, Hamborn.  
Bernh. Pieter, Vors. des Arbeiter-Samariter Bundes E. V. Hamborn;  
E. Sitte, Leiter des Unterbezirks des Deutschen Freidenker-Verbandes;  
A. Graber, Schriftf. des Gesamt-Verbandes (Staats- und Gemeindearbeiter);  
K. Krüger, 2. Vors. im Gesamtverband (Staats- und Gemeindearbeiter), Mitglied des Gesamtbetriebsrats;  
Ferner haben diese Zustimmungserklärung zahlreiche Mitglieder und Funktionäre des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sowie anderer Gewerkschaften und Kulturorganisationen unterzeichnet.

Weitere Zustimmungserklärungen nimmt entgegen Karl Völker, Hamborn, Gebrstr. 17.

★

Die Ortsgruppe Paderborn der SAP hat den Offenen Brief unseres Parteivorstandes vielfältig und mit folgendem Begleitschreiben an alle Arbeiterorganisationen versandt:

Werte Genossen! In der Anlage übersenden wir euch den vom Hauptvorstand der SAP auch an eure Organisation gerichteten „Offenen Brief“ mit der Bitte, in der nächsten Mitgliederversammlung diesen Brief der Mitgliedschaft zur Kenntnis und Stellungnahme zu unterbreiten. Wir sind der Überzeugung, daß auch eure Mitglieder, welche genau wie alle übrigen Arbeiter unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem leiden und die drohende Gefahr des zur Macht dringenden Faschismus erkannt haben, die geplanten und mit euch noch näher zu vereinbarenden gemeinsamen Kundgebungen begrüßen und unterstützen werden.

Genossen! Die Zeit, welche uns zur Vorbereitung zur Verfügung steht, ist kurz, und die Gefahr groß, weshalb wir um baldige Nachricht bitten.

Hinweg mit dem Bruderkampf, es lebe die Klassenfront des Proletariats!

Sozialistische Arbeiterpartei  
Ortsgruppe Hamborn.

### Aufklärung tut not!

Berlin, 2. Januar.

Mit diesen Worten überschreibt der Führer der Freien Gewerkschaften, Theodor Leipart, einen Artikel im „Vorwärts“ vom 31. Dezember. Der Artikel beweist, daß Aufklärung niemand mehr tut als dem Artikelschreiber selbst. In einer Stunde, wo es selbst engstirnigsten „Wirtschaftsführern“ und ihren regierenden Werkzeugen dümmert, daß die ganze Reparationshetze ein schlechtes Geschäft ist, daß es ein Wahnsinn war (was ihnen seit Jahren vergeblich von einzelnen gepredigt wurde), viele Zehntausende von Milliarden in Monaten zu vergeuden, um sich so um die Zahlung von zwei Milliarden jährlich zu drücken; in einer Stunde, wo diese Regierung sich schon den Kopf darüber zerbricht, wie sie auch diese Pleite, die Pleite ihrer unter dem Zeichen des Hakenkreuzes geführten Außenpolitik, den politischen Kindern auf der Bierbank und auf der Straße eingestehen soll — in dieser Stunde also, wo der erste Mann der Freien Gewerkschaften nichts Besseres zu tun, als den Nationalsozialismus durch den Nationalismus zu übertrumpfen. Eine politische Homöopathie, die auf dem Parteitag in Leipzig schon seltsame Vertreter hatte, die jetzt aber schon ins Gebiet der Psychopathologie gehört.

Die nationale Zuverlässigkeit des „angeblich internationalen“ Marxismus“ zu beweisen, das ist für den Sozialdemokraten Leipart Herzenssache; und das Zentralorgan der SPD, der „Vorwärts“, findet gar nichts dabei, daß das Wort international in höhnende Gänsefüßchen gesetzt wird; für den „Vorwärts“ ist ja der „angeblich internationale“ Marxismus eine längst erledigte Angelegenheit. Das ist keine Verleumdung. Dieser Artikel erbringt den Beweis, wenn er noch zu erbringen war. Ganz folgerichtig nach solchem Auftakt, daß Leipart als ein Ueber-Hölttermann auf „schweigend vollbrachte nationale Leistungen“ hinweist, daß er also die Kriegspolitik der Sozialdemokratie preist und anpreist, daß er Propaganda macht für eine ähnliche „künftige nationale Leistung“, die im Endeffekt doch keine andere sein kann als die von 1914. Ja, es bestätigt sich unlegbar, unbezweifelbar, daß die sozialdemokratischen Führer, die zugleich Führer der Freien Gewerkschaften sind, festhalten an dem Geist von 1914, daß sie nichts gelernt und noch viel weniger etwas vergessen haben. Diese Führerschaft — das ist die eigentliche Tragödie der deutschen Arbeiterbewegung. Das muß gesagt, das muß rückhaltlos ausgesprochen werden.

„Die soziale Idee der deutschen Arbeiter-

Berlin, im Ruhrgebiet, in Schlesien, in Hannover. Breiter und breiter muß dieser Strom schwellen. Das Papier der Zeitung darf nicht mehr ausreichen, über alle Aktionen dieser Art zu berichten. Ueberall müssen unsere Genossen vorstoßen, dürfen sich durch Schwierigkeiten und Sabotage der Bürokratie nie und nirgends entmutigen lassen. müssen sie dahin streben, einmal in der Aktion geknüpfte Fäden zu dauernden zu machen. Die Entscheidungsstunde für das Proletariat naht. Zähigkeit, Entschlossenheit, Zielklarheit kennzeichnen den Revolutionär. Und wir wollen die zähesten, entschlossensten und zielklarsten sein! (Siehe auch die Breslauer Meldung auf der zweiten Seite des Hauptblattes.)

### Krafttag-Betriebsrat ruft zur Einheitsfront

#### Kommunistische Sabotage — Widerstände bei der SPD?

Berlin, 3. Januar.

Für den Willen zur Einheitsfront gegen Lohnraub und Faschismus sind bezeichnend die Verhandlungen, die zwischen Vertretern der SAP, KPD, SPD und KPD-O im Krafttagkonzern geführt worden sind. Von vornherein hatten die Krafttag-Arbeiter beabsichtigt, die Einheitsfront zu so organisieren, daß hemmende Widerstände sich so wenig wie möglich einschalten konnten. Die Betriebsräte der Firma „Krafttag“ hatten, soweit sie den marxistischen Parteien SAP, KPD und SPD angehören, zu einer Besprechung eingeladen, an der von jeder dieser Parteien drei Genossen teilnehmen sollten. Es war außerdem noch ein Genosse von der KPD-O dazu eingeladen worden.

Schon in dieser ersten Besprechung zeigte sich, wie schwer es für manche Arbeiter ist, sich von der Bevormundung durch ihre Organisationsbürokratie freizumachen. Die Vertreter der KPD waren nämlich nicht dazu zu bewegen, auf einen in der von ihnen vorgelegten Resolution enthaltenen Satz zu verzichten. Die Streichung dieses Satzes, der von den Mitgliedern der freien Gewerkschaften und denen der SPD verlangte, daß sie offen gegen ihre Führer auftreten sollten — eine Forderung, mit der man natürlich eine Einheitsfront nicht zustande bringt — hatte für die KPD-Genossen allerdings zur Folge gehabt, daß sie einen Ruffel von ihrer Bürokratie bekommen hätten. Die Sorge darum war ihnen offenbar wichtiger als die Sorge um das wirkliche Zustandekommen der Einheitsfront.

Von jeder Partei wurde nun, da eine Einigung so nicht zu erreichen war, ein Genosse für einen internen Ausschuß bestimmt, der die Aufgabe haben sollte, Unebenheiten zu überbrücken, alles Trennende auszuschalten und das Gemeinsame in den Vordergrund zu ziehen. Aber auch dieser Versuch scheiterte an der Starrköpfigkeit der Vertreter der KPD. Die Genossen von der SAP, SPD und KPD-O hatten aber immer noch die Hoffnung,

den Betriebsrat von der Notwendigkeit der Einheitsfront überzeugen zu können. Der an der Verhandlung beteiligte KPD-Genosse gehörte dem Betriebsrat nicht an. Die von unserm SAP-Genossen Schultz in der am 29. Dezember abgehaltenen Betriebsrats-sitzung vorgelegte Einheitsfrontentscheidung wurde mit 7 gegen 2 (Nazi-) Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen (RGO) angenommen. Diese Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„Der Betriebsrat der „Krafttag“ begrüßt die am 1. Dezember 1931 vom Arbeiterrat der städt. Gaswerke gefaßte Entscheidung und erklärt sich mit derselben vollinhaltlich einverstanden. Insbesondere appelliert der Betriebsrat an die Führungen der SPD, KPD, SAP und KPD sowie der freien Gewerkschaften, daß dieselben alles tun, um die Einheitsfront gegen Lohnraub und Faschismus herzustellen und die gesamte Arbeiterklasse zum außerparlamentarischen-politischen Kampf zu mobilisieren.“

In Anerkennung der Tatsache, daß der Kapitalismus gemeinsam mit den Faschisten zum letzten Schlag gegen die Arbeiterschaft ausholt, sieht der Betriebsrat der „Krafttag“ keine andere Möglichkeit, diese reaktionäre Front zu brechen, als ihr die proletarische Einheitsfront entgegenzusetzen.

Außerdem erwarten wir von den übrigen klassenbewußten marxistischen Arbeitern, daß sie für den bevorstehenden Entscheidungskampf Parteidogmen beiseite stellen und sich einreihen in die überparteiliche Front der revolutionären Arbeiter.

An die Führung des ADGB stellen wir die Forderung, daß sie offiziell ein Bündnisangebot zum Kampf gegen den Faschismus an die syndikalistischen und alle anderen sogenannten revolutionären Organisationen richtet.

Nicht nur die „Eiserne Front“ ist notwendig, sondern viel größere Bedeutung hat die Herstellung der proletarischen, marxistischen Einheitsfront.

Nieder mit dem Faschismus!

Es lebe der siegreiche Marxismus!“  
Rich. W. Schultz      Max Hesse  
SAP                              SPD

W. Bernhard  
KPD-O

Genosse Hesse, der es übernommen hatte, die Arbeiterpresse und alle in Frage kommenden Parteien von dem Schritte des Krafttag-Betriebsrates in Kenntnis zu setzen, ist scheinbar aus irgendeinem Grunde nicht in der Lage gewesen, die übernommene Aufgabe zu erfüllen. Oder sollte etwa der Grund für sein Zögern auf das Eingreifen anderer Kräfte zurückzuführen sein?

Mögen die Bestrebungen zur Einheitsfront heute auch von vielen Kräften noch gehemmt werden — der zur Macht strebende Faschismus wird

die revolutionäre Arbeiterschaft in geschlossener Front, bereit zum Entschheidungskampf,

vorfänden. Daß allerdings die Arbeiterschaft nochmals wie 1920 beim Kapp-Putsch sich ihre Henker wiederholen wird, bezweifeln wir. Die für den Sozialismus kämpfenden Arbeiter waren immer bereit, Opfer zu bringen. Sie lehnen es jedoch ab, Opfer zu bringen, um den kranken Körper des Kapitalismus wieder aufzupäppeln. Weder durch engstirnigen Parteiegoismus noch durch bürgerliche Demokratie kann der Faschismus bekämpft werden. Nur durch den schärfsten Klassenkampf des Proletariats wird es möglich sein, den Faschismus niederzuringen.

Die hier seit einigen Tagen wiedergegebenen Berichte zeigen, welch erfreulichen Widerhall der vom Vorstand der SAP in seinem „Offenen Brief“ formulierte proletarische Wille zur

Einheit im revolutionären Kampf an vielen Stellen schon gefunden hat: in



Bewegung muß zugleich als nationale des ganzen Volkes erlebt und ausgesprochen werden."

Nein, nicht Hitler, der Gewerkschaftsführer, der Sozialdemokrat Leipart sagt es! Daß es hakenkreuzlerischer Nationalsozialismus reinster (oder muß man sagen unreinster?) Prägung ist — er merkt es vielleicht nicht einmal. Und das ist das Fürchterliche! An der verheerenden Weltkrise ist in der Hauptsache schuld nicht der Kapitalismus als Wirtschaftssystem, an der besonderen verschärften Krise in Deutschland ist nicht schuld der Größenwahn der deutschen „Wirtschaftsführer“, ist nicht schuld der übersteigerten Nationalismus und Chauvinismus, der alles Vertrauen (lies: allen Kredit) zerstört hat, ein, schuld sind einzig und allein „die von einer engstirnigen Machtpolitik diktierten Bestimmungen dieses (des Versailler) Vertrages“, schuld allein sind die Reparationen, zu deren Zahlung bis dato, was dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Leipart anscheinend unbekannt geblieben ist, Deutschland aus eigenem nicht einen Pfennig beizutragen hat. Hier ist nach Leipart die „ständige Ursache der Zerrüttung“ zu suchen, und also muß die deutsche Arbeiterbewegung — immer nach Leiparts Rezept — „heute“ erklären, daß die Reparationen zuerst fallen müssen.“ Leipart fühlt sich bei solcher Verzerrung in guter Gesellschaft, denn „die Einheitsfront gegen den wirtschaftlichen und politischen Wahnsinn der Tribute wird von Tag zu Tag stärker“. Das wird sie, Gott sei's geklagt, seitdem die Regierung der „deutschen Republik“, seitdem die Sozialdemokratische Partei, seitdem die Freien Gewerkschaften diesem Hetzwort der Nazis und Hugenbergs, dem Wort „Tribute“ für Reparationen, offiziell die Sanktionen gegeben haben. In dieser feinen Gesellschaft mag sich Leipart so wohl fühlen, daß er darüber die weniger vornehme der Sozialistischen- und Gewerkschaftsinternationale vergessen hat! Daß er vergißt, welche Beschlüsse diese Körperschaften oft und oft gefaßt haben, daß sie wohl die Streichung der interalliierten Schulden immer gefordert, aber ebenso immer wieder die Pflicht zur Wiedergutmachung der durch den Krieg in Frankreich und Belgien hervorgerufenen Schäden bekräftigt haben. Bekenntnis also gerade zur Reparationsleistung im eigentlichen Sinn.

Der „nationale“ Sozialist Leipart wird zwar antworten, daß „die zerstörten Gebiete im Westen längst wiederhergestellt sind“, aber er möge einmal die allerdings internationalen französischen Sozialisten, die in schärfster Opposition zu ihrer „nationalen“ Regierung stehen, ja, die möge er einmal fragen, ob sie mit seiner Erklärung ein-

## Fortschritt an der Gewerkschaftsfront

Bei der Delegiertenwahl des Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verbandes für das Gewerkschaftskartei in Osnabrück wurden von acht Delegierten vier SAP-Mitglieder gewählt. Zwei Delegierte sympathisieren mit der SAP, nur zwei gehören der SPD an. Ueberall wächst der Einfluß der SAP in den Gewerkschaften!

verstanden sind, möge sie fragen, ob sie etwa nicht mehr festhalten an ihrer Entscheidung anläßlich des Hoovermoratoriums, daß die Pflicht zur Zahlung der sog. ungeschützten Reparationsstranche unabdingbar, ja „heilig“ ist. Er möge sie fragen, wenn anders er noch irgend Wert auf die Meinung von Menschen legt, die doch schließlich auch zum „Erbfeind“ gezeichnet werden müssen!

Den Nationalsozialismus will Leipart mit den Mitteln des Nationalsozialismus bekämpfen, weil er nach seiner Auffassung „eine innerpolitische Folgeerscheinung des außenpolitischen Drucks, der seit dem Vertrag von Versailles auf unserm Volke lastet“, ist. Wie einfach, wie bequem, wie nationalsozialistisch! Die Nazis sind in Wahrheit die Kinder der außenpolitischen Unkenntnis in Deutschland, sind die Frucht der politischen Feigheit des „republikanischen“ Bürgertums und leider auch der Sozialdemokratie, deren Streben seit 1914 nur nach Anerkennung „nationaler Zuverlässigkeit“, nach der Siegespalme der „nationalen Honorarigkeit“ geht. Sie sind groß geworden auf dem Sumpfboden der wirtschaftlichen Zerrüttung, zu der nicht zum wenigsten diese moralische Feigheit beigetragen hat. Hier greift eins . . . s andere. Dem auch nur halbwegs Aufgeklärten, nationalstisch nicht Verseuchten sind die Zusammenhänge zwischen Chauvinismus, Kriegsdrohung nach Ost und West, Militärsprelerei, Bürgerkriegsübung und Kreditkündigung (von Schachtaden und Danatfaden ganz abgesehen) ohne weiteres klar. Der Arbeiterführer Leipart allerdings gehört nicht zu dieser Sorte „national verdächtiger“ Menschen und so wird ihm auch kaum der andere Zusammenhang, der zwischen Chauvinismus und Sozialreaktion, aufgehen. Daher ja wohl auch seine Qualifikation zum bedeutenden Gewerkschaftsführer!

Es lohnt nicht, den Politiker Leipart zu berichten über seine vollkommene Verkenning der Rolle, die Usamerica in dem Zahlungs- und „Tribut“-Komplex spielt. Dies Land scheint für den Gewerkschaftsführer noch immer das

## Indien im Freiheitskampf

# Gandhi verhaftet

## Vabanque-Spiel Englands — Politik der „starken Hand“

Bombay, 3. Januar.  
Gandhi ist verhaftet worden

Zu dieser ersten lakonischen Meldung wird aus Bombay weiter u. a. berichtet, daß es in dem Haftbefehl lediglich heißt, die Verhaftung sei aus guten und ausreichenden Gründen angeordnet worden. Der Kommissar gab dem Mahatma eine halbe Stunde Zeit, um von seinen Anhängern Abschied zu nehmen und sich fertig zu machen. Einige Minuten, bevor er ins Auto geführt wurde, schrieb Gandhi an den Kongreßpräsidenten Patel, von dessen Verhaftung er keine Kenntnis hatte:

„Lieber Vallabhai, unermesslich ist Gottes Gnade. Bitte ermahne das Volk, niemals den Weg der Wahrheit und der Gewaltlosigkeit zu verlassen und stets bereit zu sein, das Leben und alles hinzugeben, um die Selbständigkeit zu gewinnen.“

Die meisten von Gandhis Schülerinnen weinen, und seine Frau hat ebenfalls unter Tränen die Polizisten, sie auch gefangen zu nehmen. Gandhi selbst aber strahlte vor Heiterkeit. Er trug seine übliche Kleidung, ein Lendentuch und eine um die Schulter geschlagene Decke.

Die gestrige Verhaftung des jetzt 62-jährigen Gandhi ist die dritte, die ihm die Führerschaft der indischen Nationalbewegung eingetragen hat.

Die Londoner Morgenpresse ist mit Ausnahme des Arbeiterblattes „Daily Herald“, das die Methode der Gewaltanwendung gegenüber der indischen Nationalbewegung zwecklos nennt, der Ansicht, die Verhaftung des Mahatma sei zu billigen.

Der Verhaftung vorausgegangen war ein Briefwechsel zwischen Gandhi und dem Vizekönig. Dieser verweigerte die von dem Mahatma vorgeschlagene Unterredung mit der Begründung, er könne sich dazu, angesichts des Druckes, den der Kongreß mit der Androhung eines neuen Ungehorsamsfeldzuges

ausübe, nicht bereiterklären. Die indische Regierung werde die schärfsten Maßnahmen gegen jede Gehorsamsverweigerung ergreifen.

Gandhi hat geäußert, daß er die Verweigerung der Unterredung als einen der größten Fehler der Regierung und als einen glatten Bruch des Abkommens von Delhi betrachte.

Der Führer der Arbeiterpartei Lansbury hat an den indischen Vizekönig ein Telegramm geschickt, in dem er ihm die Entrüstung der Arbeiterpartei ausspricht über die Weigerung der indischen Regierung, die Verordnungen gegen den Terror mit Gandhi zu besprechen. Gandhis Ziel sei die friedliche Entwicklung Indiens zum sich selbst regierenden Staat in Zusammenarbeit mit der Regierung und seine Vorschläge sollten daher von der Regierung auf das stärkste berücksichtigt werden.

Das Protesttelegramm hat natürlich keinerlei Wirkung gehabt, der Vizekönig fühlt sich hinreichend gedeckt durch die „nationale Regierung“, deren Oberhaupt MacDonald heißt. Für die Entwicklung gegen Indien, die dem Mutterreich schließlich hundertfach gefährlicher sein wird als die freiwillige Gewährung des Dominionstatus je hätte werden können, für diese Entwicklung zum Terror gegen die „Farbigen“, zur Unterdrückung des indischen Proletariats, für diesen Kurs der Gewalt und sozialen Reaktion, denn es ist nicht nur eine politische, trägt allerdings die Arbeiterpartei ihr gerüttelt Maß von Verantwortung. Daß die imperialistischen Scharfmacher in England und über das Weltreich heute triumphieren ist die Frucht einer Politik der Schwäche, der opportunistischen Anpassung, der Verleugnung sozialistischer Grundsätze, deren sich die Arbeiterpartei durch die Stützung und Tolerierung des MacDonal-Snowdenschen Kurses schuldig gemacht hat. Eine Warnung für die internationale Arbeiterbewegung!

## Auch der Kongreßpräsident verhaftet

Der Präsident des Kongresses Vallabhai Patel ist gleichfalls verhaftet worden. Gandhi und Patel wurden in das Yerwada-Gefängnis in Puna gebracht.

## „Krieg bis zum Ende“

Bombay, 4. Januar. (Reuter)  
Der verhaftete Präsident des Nationalkongresses Vallabhai Patel erließ vor seiner Ueberführung ins Gefängnis folgende Botschaft an die indische Nation:

„Diesmal wird es einen schweren Krieg bis zum Ende geben. Ich hoffe, die Nation wird bereit sein, die äußersten Opfer zu bringen, aber den Weg der Gewaltlosigkeit niemals verlassen.“

## Ausgedehnte Protestbewegung

### Schlag gegen den Nationalkongreß

Bombay, 4. Januar.  
Vierzehn von den 72 Spinnereien der Stadt, die Edelmetall-, Baumwoll-, Getreide- und Wertpapierbörsen bleiben zum Zeichen des Protests gegen die Verhaftung Gandhis heute geschlossen. Im Hindu-Viertel beobachtet man einen „Hartal“ (Trauertag). Auch in anderen Städten Indiens, besonders in Delhi, werden friedliche Hartals veranstaltet.

Nach der Verhaftung Gandhis erließ die indische Regierung vier weitere Verordnungen, wodurch die Tätigkeit des Indischen Nationalkongresses noch mehr unterbunden wird.

## Terrorjustiz gegen Nehru

Ahmedad, 4. Januar.  
Jawaharlal Nehru, der vor einigen Tagen wegen Uebertretung des Verbots, die Stadt zu verlassen, verhaftet worden war, wurde zu zwei Jahren schweren Kerkers und zu einer Geldstrafe von 500 Rupien verurteilt.

# Spanien in Revolution

## Gespannte Lage — Kämpfe zwischen Proletariern — Die Polizei schießt

Nach der ruhig, vielleicht allzu ruhig verlaufenen politischen Revolution in Spanien (wenn man die Vertreibung des Königs Alfons mit diesem Wort benennen will), war es klar, daß die eigentlichen Auseinandersetzungen zwischen den sozialen Kräften und Mächten erst beginnen würden. Ueber die Kräfteverteilung, die Kompromisse zwischen Sozialisten und Radikalen, die Bedingungen der sozialen, in Wahrheit revolutionären Kämpfe hatten wir unter Hinweis auf Beginn und Ausgang des Umsturzes in Deutschland berichtet, unsere Befürchtungen für die Revolution in Spanien ausgedrückt.

Nun liegen Meldungen vor, die erkennen lassen, was als sicher zu erwarten war, daß sich die immer gespannte gewesene Lage in Spanien zuspitzt. Die Nachrichten stammen, was zu beachten ist, alle aus bürgerlicher Quelle, können daher nur als Unterlagen für die Tatsache der sozialen Revolutionierung, des verschärften Kampfes dienen, sind im einzelnen und in der Art der Darstellung natürlich kritisch zu betrachten.

## Aus den Unruhegebieten

liegen folgende Meldungen vor:

TU. Madrid, 2. Januar.

In der Ortschaft Zamaleau in der spanischen Provinz Badajoz entstand am Sonnabend eine blutige Schlägerei zwischen syndikalistischen und sozialistischen Elementen. Dabei

Land der „Wirtschaftswunder“, mindestens „Gottes eigenes Land“ zu sein. Wie sollte er, der das Nächstliegende nicht sieht, begreifen, daß die Spekulation auf englische Beihilfe für deutsche Zwecke bei den kommenden Konferenzen längst auch von den eigentlichen Spekulanten als Illusion erkannt ist. Hier ist ja nicht mehr zu helfen, hier ist nicht mehr aufzuklären und zu überzeugen, hier herrscht unverfälscht der Einheitsfrontgeist, der Kriegsgeist von 1914. In diesen Köpfen hat das internationale Klassenbewußtsein Platz gemacht dem Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr.“ In diesen Köpfen ist der Marxismus ersetzt durch den Nationalismus. Jedes Bemühen um geistige Umstellung wäre ein Versuch um untauglichen Objekt.

Und hieraus allein, selbst wenn es keine anderen Gründe gäbe, leitet sich die Existenzberechtigung, die Existenznotwendigkeit der Sozialistischen Arbeiterpartei her. Ihre Aufgabe, der Kampf gegen die nationalstische Versuchung und Vernebelung der Gehirne ist groß und bedeutsam genug, um sie erstarren zu lassen, bis sie die Führung der deutschen Arbeiterbewegung in die Hand nehmen kann, die heute im wahren Sinne führerlos ist

wurden eine Person getötet und drei schwer verwundet. Die Polizei, die die Streitenden zu trennen suchte, wurde mit einem Steinbombardement empfangen. Die Polizeibeamten mußten von der Schußwaffe Gebrauch machen, wobei ein unbeteiligter Dorfeinwohner getötet wurde.

Paris, 4. Januar.

Die Unruhen in der spanischen Provinz Badajoz, bei denen in den letzten Tagen fünf Gendarmen ums Leben gekommen sind, scheinen die spanische Regierung zu einem energischen Einschreiten zu veranlassen. General San Jurgó hat sich an Ort und Stelle begeben, um persönlich eine Untersuchung der Vorfälle anzustellen. Im Hauptort der Unruhen, Castilblanco, sind 35 Personen verhaftet worden, darunter der Friedensrichter und der Bürgermeister.

TU. Madrid, 4. Januar.

In Epila in der Provinz Saragossa versuchten mehrere hundert Arbeiter gewaltsam,

die Zuckerfabrik stillzulegen. Als die Guardia Civil einschritt, wurde sie von der Arbeiterschaft mit scharfen Schüssen empfangen. Sie erwiderte das Feuer und tötete zwei Arbeiter; vier wurden schwer und mehrere andere leicht verletzt.

Zwei Priester, die in Lamiaco bei Bilbao einen Spaziergang machten, wurden von Arbeitslosen durch Schüsse aus dem Hinterhalt schwer verletzt.

## Staa reichspläne Lerroux'

Paris, 4. Januar.

„Journal“ berichtet aus Madrid, die immer häufiger werdenden Kundgebungen in verschiedenen Gegenden Spaniens könnten möglicherweise die republikanischen Elemente unter Führung von Lerroux veranlassen, die Gewalt an sich zu reißen, um die Ordnung wiederherzustellen. Lerroux würde dabei auch die Unterstützung der militärischen Führer haben.

## Einheitsfront proletarischer Jugend

Breslau, 2. Januar 1932.

Die Bemühungen der Jugendorganisationen der Sozialistischen Arbeiterpartei zur Schaffung der Einheitsfront haben in Breslau zu einem großen Erfolge geführt. Acht Organisationen der proletarischen Jugend, nämlich die Gruppen des Sozialistischen Jugendverbandes, der Jugend der Arbeitersportler, der Arbeiterkinderfreunde, der Freidenkerjugend, der Monistischen Jugend, des Sozialistischen Studentenverbandes, der Sozialistischen Schülerschaft sowie der Kommunistischen Jugend (Opposition) haben sich zu einer Aktionsgemeinschaft zusammengeschlossen. Bei Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Organisationen werden diese Gruppen nunmehr in den verschiedensten Fragen geschlossen in Erscheinung treten. Am 6. Januar findet bereits in Breslau größtem Saale die erste Kundgebung dieser Aktionsgemeinschaft statt, in der die Vertreter dreier Parteirichtungen zu Breslaus arbeitender Jugend sprechen werden. In diesen Tagen wird weiterhin ein Aufruf dieser Arbeitsgemeinschaft gegen Lohnraub und Faschismus und für Bildung der Einheitsfront als Flugblatt in Tausenden und Abertausenden von Exemplaren in den Organisationen, in den Betrieben und an den Stempelstellen verteilt.

## Der Kommunistische Jugendverband hat die Beteiligung abgelehnt.

Er forderte die Einheitsfront unter der Führung der 3. Internationale. Die Sozialistische Arbeiterjugend hat die Einladungen bisher unberücksichtigt gelassen. Dagegen hat die freie Gewerkschaftsjugend an allen Besprechungen teilgenommen und das Verhalten und Vorgehen der Organisationen ausdrücklich gebilligt. Nur die Unterschrift, die bereits geleistet war, ist im letzten Augenblick zurückgezogen worden, weil man den Ausgang der Verhandlungen um die „eiserne Front“ und die Stellungnahme der Arbeiterjugend abwarten will. Diese Einstellung der Freien Gewerkschaftsjugend, die nicht von ihr, sondern

von dritter Seite im letzten Augenblick beeinflusst worden ist, hat aber nicht verhindert, daß sich in ihren Organisationen mit Billigung der Leitung zur Beteiligung an der Kundgebung aufgerufen und bei der Verteilung der Flugblätter mitgewirkt wird. Der nächste Schritt der Aktionsgemeinschaft wird eine Zusammenfassung der Leitungen der Abwehrorganisationen sein. Alles das ist erst der Anfang für die Schaffung der kämpfenden Einheitsfront.



75 Millionen Mack in  
22 Minuten verdient!

# Erraffter Reichtum

Wie amerikanische Vermögen entstanden • Von M. Hübner

Astor, Vanderbilt, Morgan! Wer denkt nicht sogleich an die Millionen, die sie besitzen, und wer glaubt nicht, die Elite der Menschheit genannt zu haben?

Die übliche Biographie moderner Finanzmagnaten spricht allerdings in der Regel nur von der persönlichen Fähigkeit, mit denen sie in ehrlichen Unternehmungen viel Geld verdienen. Eine nähere kritische Untersuchung ihres Werdeganges ist jedoch geeignet, uns diese Uebermenschen in wesentlich anderem Lichte zu zeigen. Sie, die den Mammon zur Religion erhoben, haben auf ihrem Wege

rücksichtslos und brutal die einfachsten Menschenrechte mit Füßen getreten, die erworbene Macht skrupellos zu ihrem Vorteil genützt und sich an dem von ihnen geschaffenen Elend ihrer Mitmenschen bereichert. Das ist in Wirklichkeit das A und O ihres Erfolges.

Nirgends tritt dies deutlicher zutage als in dem klassischen Lande der Multimillionäre, in den Vereinigten Staaten von Amerika.

I.

## Das Astor-Vermögen

Eine Gelddynastie ersten Ranges, die einst als reichste Amerikas galt und den Reigen zu den heutigen phantastischen Millionenzahlen eröffnete, ist diejenige der Astors.

Der Begründer des Astor-Vermögens war Deutscher, Sohn eines Metzgers aus Waldorf in Hessen, und kam zwanzigjährig, im Jahre 1788, nach Amerika. Drei Jahre später finden wir John Jacob Astor als Pelzhändler, Besitzer eines Ladens, in New York. Seine Heirat brachte ihm einen Zuwachs an Geldmitteln, mit denen er sein Geschäft erweitern konnte. Er war damit zu einer Art Großkaufmann auferückt, und eine Schar von Agenten und Trappern handelte für ihn in der Wildnis von den Indianern Pelze ein. So wurde z. B. ein Biberfell, das man den Indianern mit Rum und Flitterkram bezahlte und sie dabei ausgiebig übervorteilte, für etwa einen Dollar erstanden, während in London dafür über sechs Dollar gelöst wurden. Diese enormen Gewinne veranlaßten Astor, die Amerikanische Pelzgesellschaft zu gründen. Durch Bestechung der Regierung erreichte er für seine Gesellschaft ein unumschränktes Monopol auf die Ausbeutung pelztierreicher und großer Regionen entlang dem Missouri bis zu den Rocky Mountains, was ihm in den folgenden Jahren Millionen eintrug.

Astor bekümmerte sich nicht im mindesten um die Gesetze, sofern sie dem Verdienen entgegenstanden.

So wurden zahlreiche Beschwerden über Astors Gesellschaft erhoben, weil er trotz dem gesetzlichen Verbot Alkohol an die Indianer verkaufte. Die Sache kam vor den Senat, und Senator Johnson spricht von dem „abenteuerlichen Kaufmann (Astor), der, geschickt in den Künsten des Betrugens, nur auf Profitmachen aus ist“. Aber es wurde nichts gegen ihn unternommen, trotz dem öffentlichen Appell, denn — Senator Benton, eine Leuchte der Demokratischen Partei, war Astors gesetzlicher Vertreter. Eine Bucheintragung aus dieser Zeit besagt weiter, daß Lewis Cass 35 000 Dollar von Astor für nicht spezifizierte Dienstleistungen erhielt; Cass war Gouverneur von Michigan und später Kriegsminister, an den so viele Klagen über Astors Gesellschaft gerichtet wurden.

Astor betrieb um diese Zeit seinen Handel bereits mit eigenen Schiffen. Sein Vermögen hatte die erste Million Dollar überschritten.

Astor erwarb aber auch ein Vermögen in Grundbesitz. Seine erste bedeutsame Bodentransaktion trug sich so zu: Er spürte die Erben eines während der Revolution vom Staat zu Unrecht konfiszierten Gutes von 51 000 Morgen auf und kaufte ihnen ihre Besitzansprüche ab. Nach 33 Jahren machte er nunmehr seine neuerlangten Besitzansprüche geltend, und wieder kam der Name Astor vor die gesetzgebende Körperschaft. Er bot seinen für 100 000 Dollar gekauften Anspruch für 677 000 Dollar an, andernfalls er das Recht verlangte, die inzwischen vom Staat angesiedelten Familien zu exmittieren.

Die allgemeine Empörung über die Dreistigkeit, vom Staat 600 Prozent Profit herauszuschlagen zu wollen, war so groß, daß die Gesetzgebung diesem Vorschlag nicht zustimmen wagte.

Die Sache beschäftigte schließlich viele Jahre die Gerichte, um 1827 zugunsten Astors entschieden zu werden. Er erhielt 500 000 Dollar eigens zu diesem Zwecke aufgenommenem 5prozentiger Staatsanleihe, trotz der noch genau so empörten öffentlichen Meinung.

Millionenverdienste Astors stammen aus dem Erwerb städtischen Bodens. Bestochene Beamte erteilten zu unerhört niederen Preisen Land- und sogenannte Wasserbewilligungen. Diese wurden nach dem Verkauf an Astor und Genossen aufgefüllt und planiert, und der größte Teil der Kosten durch betrügerische Manipulationen den städtischen Behörden und

damit der Allgemeinheit aufgerechnet. So konnte eine eingesetzte Kommission die „über-raschende“ Tatsache feststellen, daß 1850 bis 1855 die Ausgaben für Aufschüttungen die Einnahmen um 2 Millionen Dollar überstiegen. Für den auf diese Art und Weise erworbenen Grund weiterten sich zudem die Besitzer, die Steuern und oft den Kaufpreis zu zahlen, so daß die Stadtverwaltung gezwungen war, von denselben Leuten, die ihr Geld schuldeten, Geld gegen Zinsen aufzunehmen, die wiederum auf die Gesamtheit der Bürger umgelegt werden mußten. Astor war wie alle anderen energisch dabei, sich auf diese Weise Vorteile zu sichern. Daneben kaufte er von in Not geratenen Familien Grund und

legte immense Summen zu Wucherzinsen in Hypotheken an, während er seine wertvollen Grundstücke zu den drückendsten Bedingungen verpachtete.

Dieser Wucher und folgende Krisenzeiten mehrten seinen Besitz. „Astors Laufbahn geht über verarmte Familien, Hypotheken und Substationen“, so urteilt ein Zeitgenosse über Astor.

Wie nicht anders zu erwarten, verstand es Astor auch, durch Banken riesenhafte Gewinne einzuheimsen. Von bestochenen Körperschaften war den Banken erlaubt, Papiergeld-Emissionen auszugeben, die das 2½fache ihres Kapitals betragen. So fabrizierten die Banker

33 Jahre lang „Kredit-Geld“, wertlose Papier-fetzen, die durch nichts gedeckt waren. Astor war Hauptaktionär von vier Banken, die durch Bestechung und Betrug die einträgliche Konzession zur Papiergeldfabrikation erhalten hatten. Als dann 1837 die Einlösung einer Million Dollar verlangt wurde, brach der Sturm los.

Unermeßliches Elend kam über New York. Die Stadt war vollgepfropft mit Erwerbs- und Obdachlosen.

Ein Drittel aller Arbeiter war ohne Beschäftigung, und die Mittelschicht konnte ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen. Astors Zeit begann. Er vermehrte seine Reichtümer durch Kauf von Schuldscheinen, Hypotheken und ersteigerte und kauft zu lächerlich billigen Preisen Grund und Gebäude.

Und als sich in den folgenden Jahren die Geschäfte wieder erholten — war Astor der reichste Mann Amerikas.

Als er 1848 starb, hinterließ er das für seine Zeit unfassbar große Vermögen von 20 Millionen Dollar. Sein letzter Blick voll strahlendem Entzücken hatte der langen Liste seiner Besitzungen gegolten.

In all der Verhimmelung Astors durch die Presse, glaubte nur der „New-Yorker Herald“ sagen zu müssen: „... daß mindestens zehn Millionen Dollar der Bevölkerung New Yorks

zukämen, die Astors Besitz ohne sein Zutun durch gemeinsamen Fleiß um die volle Hälfte seines Wertes vermehrte“.

Seine Nachkommen glichen ihrem Ahnen und vervielfältigten das überkommene Vermögen mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln. Brutal und rücksichtslos wie er...

Ueber hundert Jahre sind vergangen, seit John Jacob Astor amerikanischen Boden betrat. Ebenso viele Jahre haben der Dynastie Astor ein Vermögen eingetragen, das einmal Staunen erregte, aber mehr und mehr verblaßte. Die Zeit ist kurzlebig, und noch ungeheurere individuelle Vermögen sind uns heute geläufig. Nur deshalb ist der Name Astor nicht mehr so viel genannt. Zu Unrecht, denn immer noch gehören Astors zu den Reichsten der Welt.

Auf über 450 Millionen Dollar wird das gesamte Vermögen der Dynastie Astor, allein auf Grund ihrer Liegenschaften, geschätzt.

In Wirklichkeit mag es um zahlreiche Millionen höher sein. Und immer noch kassieren die Astor: allein aus New Yorker Mietskasernen und Geschäftshäusern — ohne einen Finger zu rühren — 25 bis 30 Millionen Dollar jährlich an Mieten. Ihr Besitztitel bleibt unangetastet und trägt mehr als je an Zinsen.

Die Geschichte der Dynastie Astor — es sind in Wahrheit über hundert Jahre Raub an den Gütern der Allgemeinheit!

(Welters Artikel folgen.)

# Witterungsumschlag — Hochwasser

## Regenbogen im Januar

Frankfurt (Oder), 4. Januar. Den Witterungsumschlag am Sonnabend leitete hier eine um diese Jahreszeit höchst seltene Himmelserscheinung ein: Der Südosten glühte in hellem Morgenrot, während im Nordwesten ein herrlicher Regenbogen stand und bei fast blauem Himmel ein feiner Eisregen niederfiel.

## Hochwasserschäden im Harz

Braunschweig, 4. Januar.

Infolge des anhaltenden Regens und der eingetretenen Schneeschmelze ist die Oker über die Ufer getreten und hat auf der Bahnstrecke Braunschweig—Bad Harzburg den Bahndamm bei Kilometer 25 dicht hinter Borsum unterspült und zerrissen. Dadurch ist der Zugverkehr auf dieser Strecke unterbrochen. Die Züge von und nach Bad Harzburg werden über Goslar und Ringelheim geleitet. Auch die Schneidwasser führt Hochwasser und ist an verschiedenen Stellen über die Ufer getreten. Der Zugverkehr zwischen Goslar und Altenau ruht, da der Bahndamm zwischen Lautenthal und Lindenthal unterspült und gerissen ist.

## Schneeschmelze im Riesengebirge

Hirschberg (Riesengebirge), 4. Januar. Im Riesengebirge herrscht bis hinauf zum Kamm Tau- und Regenwetter. Die Schneelage ist daher im Hochgebirge sehr zusammengeschmolzen und im Tal, sowie in den Vorbergen ganz verschwunden. Im Hochgebirge war heute früh eine Temperatur vor Null Grad; im Tal herrschen mehrere Grad Wärme. Die Gebirgsflüsse sind ufervoll. Die Sportverhältnisse sind als mäßig zu bezeichnen.

\*

Görlitz, 4. Januar. Die Regenfälle der letzten Tage haben wiederum ein starkes Ansteigen des Wasserstandes der Neiße zur Folge gehabt. Gestern abend gegen 10 Uhr wurde von Zittau bereits Hochwasser gemeldet. Der Wasserstand der Neiße bei Görlitz ist in den letzten 24 Stunden um etwa 40 Zentimeter gestiegen und beträgt zurzeit 50 Zentimeter über normal. Da aus dem Iser- und dem Riesengebirge starke Schneeschmelze und auch vom Oberlauf der Neiße ein weiteres Ansteigen des Wasserstandes gemeldet wird, ist mit Hochwasserfahrt zu rechnen. Oberhalb von Görlitz ist die Neiße bereits an verschiedenen Stellen über die Ufer getreten und hat weite Wiesenflächen überschwemmt.

## Chemnitz-Fluß über die Ufer

Chemnitz, 4. Januar. Der plötzliche Witterungsumschlag mit ununterbrochenem Landregen hat bewirkt, daß der Wasserstand des Chemnitz-Flusses, dessen Normalwasserstand 0,40 Meter beträgt, auf 2,50 Meter gestiegen ist. In den Niederungen ist die Chemnitz bereits über die Ufer getreten. In Glösa sind vor allem die Wohnbaracken gefährdet. Auch aus der weiteren Umgebung laufen Hochwassermeldungen ein.

## Hochwasser auch in Bayern

München, 4. Januar. Der Sturm, der in der Nacht zum Sonntag einsetzte, hat in München den ganzen Sonntag und die Nacht zum

Montag über mit unverminderter Heftigkeit angehalten. Von Zeit zu Zeit peitschten starke Regenböden durch die Straßen. Die Temperaturen lagen beträchtlich über Null und räumten mit dem letzten Schnee auf. In den Bergen hat das plötzlich einsetzende Tau- und Regenwetter viele Wintersportveranstaltungen unmöglich gemacht. Aus dem Bayerischen Wald kommen Hochwassermeldungen, nachdem am Sonnabend früh die Temperatur noch minus 28 Grad betragen hatte.

## Und am Oberrhein

Freiburg i. Br., 4. Januar. Der plötzliche Witterungsumschlag führte, verstärkt durch Regenfälle, zu einem erheblichen Anschwellen der Schwarzwaldflüsse. Der Oberrhein ist in den letzten 24 Stunden um über einen Meter gestiegen. Die erste Flutwelle hat bereits Kehl erreicht. Die Kinzig hat im Gebiet von Offenburg und Kehl bereits weite Ueberschwemmungen verursacht und südlich von Kehl den Bahndamm unterspült, so daß seit heute morgen der Verkehr auf der Strecke Appenweier—Kehl unterbrochen ist.

## Dammbruch bei Kehl

Kehl, 4. Januar

Am Montag um 5 Uhr wurde die Einwohnerchaft durch Alarmsignale aus dem Schlafe geweckt. Feuer war zwar nicht ausgebrochen, der Alarm galt vielmehr einem gefährlichen Dammbruch auf der Eisenbahnstrecke Appenweier-Kehl am alten Bahndamm. Der neue Bahndamm mit der neuen Brücke wird erst nach Beendigung des neuregulierten Kinzig-Bettes in Betrieb genommen. Durch die starken Regenfälle und die Schneeschmelze wälzte die Kinzig gewaltige Wassermassen mit sich, die nicht nur das alte Kinzig-Bett, sondern auch das neugeschaffene Flußbett füllten. In der Nähe von Neumühl wurde der Eisenbahndamm in einer Länge von 20 bis 25 Metern unterspült und völlig weggeschafft, so daß nur noch die Schienenstränge stehen und frei in der Luft hängen.

Erst mit Tagesanbruch war es möglich, die Wiederherstellungsarbeiten in Gang zu bringen. Durch die stetig steigenden Wassermassen befürchtet man, daß weitere Teile des Damms weggespült werden. Der Nachtschnellzug, der um 2 Uhr Kehl verläßt, konnte die Strecke noch gut passieren. Die späteren Züge dagegen mußten in Kehl zurückgehalten werden. Der Verkehr wird durch Omnibusse aufrechterhalten.

## Regen in Tirol

Innsbruck, 3. Januar. Auf den starken Schneefall im Laufe der letzten Nacht setzte heute morgen bei zunehmender Temperatur in den Tallagen Regen ein, der den ganzen Tag anhielt und in den Straßen der Stadt Innsbruck Glatteis verursachte. — Wie aus dem Achenseegebiet berichtet wird, hat dort eine Lawine die Achentalerstraße verlegt, so daß sie gegenwärtig unpassierbar ist.

## 20 Grad Kälte in den Vogesen

Paris, 3. Januar.

In ganz Frankreich, ebenso wie in den Provinzen der Pyrenäen herrscht bittere Kälte. Aus den Vogesen werden 20 Grad Kälte gemeldet. Der Schnee fällt seit

48 Stunden fast ununterbrochen. Auch aus dem Jura werden seit Sonnabend dauernde Schneefälle gemeldet. Das Thermometer ist bis auf 19 Grad unter Null gefallen. Grenoble gehört mit 10 Grad Kälte noch zu den gemäßigten Gegenden. Das Mittelmeer wird augenblicklich von einem heftigen Sturm heimgesucht, der dem Schiffsverkehr sehr hinderlich ist. Die Passagierdampfer aus Algier treffen mit 12stündiger Verspätung ein und die Ausreise nach den nordafrikanischen Häfen wurde in Anbetracht der Witterungsverhältnisse verschoben.

## Auch in Spanien starke Kälte

Madrid, 4. Januar.

Aus ganz Spanien wird starke Kälte gemeldet. Das Thermometer ist stellenweise auf 25 Grad unter Null gesunken — durchschnittlich sind Temperaturen von 15 bis 19 Grad gemessen worden. Mehrere Personen sind infolge der Kälte gestorben. Der Zugverkehr ist zum größten Teile stillgelegt.

## Große Ueberschwemmungen auch in Schottland

London, 4. Januar

Infolge andauernder heftiger Regenfälle sind bei Glasgow die Flüsse über die Ufer getreten und haben große Teile der Stadt und der Umgebung überschwemmt. 2000 Familien sind dadurch obdachlos geworden. Der Clyde-Fluß stieg so schnell, daß in kürzester Zeit das Wasser in den anliegenden Straßen zwei Meter hoch stand. Polizei und Feuerwehrleute retteten Frauen und Kinder aus den Häusern. Die elektrischen Kraftwerke befinden sich in Gefahr. Die Feuerwehr hat große Pumpen aufgestellt, die die Anlagen dauernd von einströmendem Wasser freizupumpen versuchen. In der Grafschaft Ayr ist der Eisenbahnverkehr unterbrochen.

## Ueberschwemmung im Mississippidelta

New York, 3. Januar.

Wie aus Glendora (Mississippi) gemeldet wird, ist ein sehr großer Teil des Mississippi-deltas von gewaltigen Wassermengen überschwemmt. Etwa 5000 Personen, die sich nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, sind von der Außenwelt vollkommen abgeschnitten und befinden sich in schwerer Gefahr. Man befürchtet zahlreiche Dammbrüche, was unüberschbare Katastrophen nach sich ziehen würde. Die Behörden haben sämtliche verfügbaren Boote beschlagnahmt, um die Bevölkerung der gefährdeten Ortschaften zu retten.

## Choleraepidemie

1445 Tote

Paris, 4. Januar.

Havas meldet aus Basra, daß der Cholera-Epidemie im Irak 1445 Personen zum Opfer gefallen seien. Insgesamt sollen 2334 Personen erkrankt sein. In Basra selbst seien von 1119 Erkrankungen 599 tödlich verlaufen.

Steigende Arbeitslosigkeit in Belgien. Die Zahl der Arbeitslosen in Belgien ist in ständigem Ansteigen begriffen. Am 31. Dezember 1931 zählte man bereits 225 266 Arbeitslose gegen 198 000 im Vormonat.



# Arbeiter-Sport vom Sonntag

## Um die Fußball-Meisterschaften

**Unentschiedenes Spiel in Südbayern**  
Freie Turnerschaft München und Vorwärts Augsburg trennten sich nach zweimaliger Spielverlängerung mit 1:1 (1:0). München kam nicht recht in Fahrt und wurde zeitweise von Augsburg stark bedrängt. Im Gegensatz zu den übrigen Mannschaften des Augsburger Bezirkes kämpfte Vorwärts mit großer Energie und Wucht. Das Spiel wird nochmals stattfinden.

## In Nordwestdeutschland kommt Hildesheim auf

Hildesheim schlug Osabrück 6:2 (2:0) und hat dadurch in der Südgruppe des Kreises den Anschluß an den Spitzenführer Fichte-Bielefeld erreicht.

## Oberkaufungen führt in Kassel-Südharthausen

Der Kasseler Bezirksmeister gewann im Länderspiel um die Kreismeisterschaft gegen den Bezirksmeister Göttingen mit 7:0. Der Sieger erzielte bald nach Spielbeginn 4 Tore, wodurch Göttingen niedergedrückt wurde. Später wurde Göttingen besser und lieferte ein gleich gutes Spiel.

## Ausscheidungsspiele in Sachsen

Das Spiel der Bezirksmeister V.f.B. Riesa gegen Dresden-Potsch. gewann Riesa überraschend mit 4:1. Sturm Gornsdorf und Sachsen Chemnitz spielten 8:3. Das Spiel findet nochmals statt, da der schlechte Boden eine Spielverlängerung nicht zuließ. Niederhäslein siegte über Spielvereinigung Oelsnitz 5:2.

## Die Bewerber um die Meisterschaft des Kreises Hessen-Mittelrhein

Aus einer langen Reihe von Befähigungsspielen haben sich folgende Mannschaften die Gruppenmeistertitel gesichert: Frankfurt-Bockenheim, V.f.L. Bornheim, Egelsbach und Nainheim.

## Noch ein Bewerber in Württemberg

Durch einen 2:1-Sieg von Wangen über Kirchheim hat der Sieger die Berechtigung zur Teilnahme an den weiteren Spielen um die Württembergische Meisterschaft erlangt.

## Internationales Wintersportfest in Altenberg

Die Bezirksvereine Ostergebirge des Arbeiter-Turn- und Sportbundes und der Touristenverein Die Naturfreunde (Bezirke Dresden, Plauenischen Grund, Pirna und Meißen) führten vom 1. bis 3. Januar in Altenberg ein internationales Wintersporttreffen durch, das leider nur an seinen ersten beiden Tagen vom Wetter begünstigt war. Der am Sonntag einsetzende Wettersturz ließ die sonst zufriedenstellende Schneedecke vollkommen zerfließen, so daß die für den letzten Tag vorgesehenen Veranstaltungen nicht stattfinden konnten. Der erste Festtag brachte bei herrlichem Wetter zahlreiche Wettkämpfer und Zuschauer auf die Beine, die für die Leistungen starkes Interesse bekundeten. Zur Abwicklung kamen der 20-km-Langstrecken- und der 8-km-Hindernislauf. Der zweite Tag zeigte bereits den bevorstehenden Umschwung des Wetters an. Trotzdem wurden die vorgesehenen Konkurrenzen durchgeführt. Auf den Strecken des 12-km- und des 6-km-Laufes hatten die Läufer allerhand Schwierigkeiten zu überwinden. Die Sprungläufe der B-Klasse wurden schon unter ungünstiger Wetterlage abgehalten, trotzdem wurde Beachtliches geboten. Der Abend brachte Regen und damit schon aller Voraussicht nach die Absage der Wettkämpfe des dritten Tages. Der Morgen bestätigte die Ahnung der Kundigen. Nach der Resultatbekanntgabe rückten die meisten der Teilnehmer nach den Zügen und Autobussen. Die Ausschüsse hielten ihre letzten Besprechungen ab. Damit fand das sportlich und organisatorisch glänzend verlaufene Fest sein nasses Ende. (Resultate folgen morgen.)

## Schlesien meldet:

# Ein Sonntag ohne Fußball-Spiele

Der Wetterumsturz ist Schuld

Das schlechte Wetter des gestrigen Sonntags brachte es mit sich, daß sämtliche Spiele buchstäblich zu Wasser wurden. Lediglich Schmolz und Wratislawia unternahmen den Versuch, ihr Spiel auszutragen. Aber auch das wurde beim Stande von 3:0 für Schmolz abgebrochen. Auch am Neujahrstag wurden nur zwei Spiele ausgetragen. Darüber wird gemeldet:

**Einigkeit—Stern 4:0.** Das traditionelle Neujahrsspiel der Mannschaften fand in Mochberst statt. Obwohl Stern in der ersten Halbzeit stark im Vorteil ist, werden zahlenmäßige Erfolge nicht errungen. In der 40. Minute nützt der Linksaußen Einigkeit eine Stellvorlage aus und schafft die 1:0-Führung. Nach der Pause spielt Einigkeit überlegen und sichert bis zum Schluß durch drei weitere Tore einen 4:0-Sieg.

**Strehlen—Adler 5:0.** Bis zur Pause setzte Adler den Strehlern starken Widerstand entgegen, mußte aber eine 2:0-Führung anerkennen. Nach der Halbzeit stellte Strehlen um und spielte völlig überlegen, so daß ihr Sieg nie in Frage stand.

### Weitere Resultate:

Einigkeit II—Stern II 0:1; Einigkeit III gegen Stern III 2:1; Einigkeit I. Jugend gegen Stern I. Jug. 1:0; Strehlen II gegen Adler II 4:2.

## Fußball in der Provinz

Im Waldenburger Bergland kamen am 1. Sonntag des neuen Jahres nur zwei Spiele zum Austrag. Ueberraschenderweise mußte sich der Kreismeister Sportfreunde-Waldenburg gegen Sportfreunde-Dittersbach mit einem 1:1 begnügen. Dittersbach lag zum Wechsel noch 1:0 in Führung. Einen glatten Sieg konnte Eiche-Nieder-Salzbrunn gegen V.f.R.-Freiburg mit 4:1 herausholen.

## Zwischenrundenspiel um Schlesiens Kreismeisterschaft

Am nächsten Sonntag werden die Spiele um Schlesiens Fußballmeisterschaft fortgesetzt. Die Sieger der Vorrundenspiele stehen sich zur Ermittlung der Endspielgegner in Penzig und Waldenburg gegenüber. In Penzig spielen Jahr-Penzig gegen Persia-Grünberg. Man darf gespannt sein, ob die Grünberger, die bekanntlich den Breslauer Bezirksmeister glatt schlugen, auch Penzig abfertigen werden und damit als Endspielgegner erscheinen. Im Spiel Waldenburg sind der Vorjahrskreismeister und Eiche-Hindenburg die Gegner. Allgemein gibt man Waldenburg die größeren Aussichten auf Sieg, doch kann Hindenburg, die in allerärtester Besetzung antreten, leicht eine Ueberraschung bringen.

# Regen verhindert Rasensport

## Noch keine Entscheidung zwischen Reinickendorf und Luckenwalde

Den ganzen Sonnabend über herrschte Tauwetter in Berlin, so daß die Sportplätze, die vormals Eibahnen gleichen, bald in Moräste verwandelt waren. Der auch nachts über andauernde Regen machte alle Plätze spielunfähig. Infolgedessen fielen fast alle Serien- und Börsenspiele aus.

Einzig der Rasenplatz in der Scharnweberstraße hielt den Angriffen des Wetters stand und erlaubte die Durchführung des Spiels, von dem im allgemeinen die Entscheidung in der Abteilung A. der Kreisklasse erwartet wurde. Aber es kam anders. Schneller Lauf und flüssiges Paßspiel waren unmöglich. Zudem machte ein während des ganzen Spieles niedergehender Schneeregen den Spielern viel Mühe.

Luckenwalde hatte Qual. Gleich vom Anstoß weg können die Reinickendorfer in flüssigem Zuspiel vor das Tor der Gäste und erzielen, ohne daß der Gegner den Ball berührt hätte, schon in der ersten Minute ein Tor. Leider hatte die Mitte etwas zu schnell hinter die Verteidigung gespielt, und so konnte das Tor wegen Abseits nicht gewertet werden. Allmählich werden die Reinickendorfer überlegen, sie bezaubern aber den schweren Fehler, die Gästeverteidigung zu dicht anzuspielen, so daß im letzten Augenblick immer noch ein rettender Fuß dazwischenfährt. Zwei Flanken von links werden vereitelt, es scheint so, als ob die gelben Stürmer vor dem internationalen Torer Wertorf zuviel Respekt haben. Auf der anderen Seite versuchen es die Luckenwalder mit Durchbrüchen, dabei stellt sich sehr schnell eine ganz unglückliche Unsicherheit des Reinickendorfer Torwächters heraus. Naturgemäß leidet das gesamte Aufbauspiel der Läufer unter dieser Unsicherheit, da die Verteidiger ihrem Torwächter keinen Ball mehr zutrauen und damit an den Torraum gefesselt bleiben. Als sie doch mehrmals etwas weiter aufrücken, gelingen der linken Seite Luckenwaldes mehrere gefährliche Durchbrüche, die

nur deshalb nicht zum Führungstor verwandelt wurden, weil der Halblinke wegrutschte und dabei den Ball neben den Pfosten ließ. Die letzten zehn Minuten der ersten Halbzeit zeigen ein bedeutend langsames Spiel von beiden Seiten, weil die schwere Bodenbeschaffenheit schwere Anforderungen körperlicher Art an die Sportler stellten. Halbzeit 0:0.

Ohne Pause werden die Seiten gewechselt. Eintracht spielt sofort überlegen, aber ihre Stürmerreihe geht nicht gestaffelt genug vor. Das Spiel wird dann langsamer und es hat den Anschein, als ob beide Mannschaften sich die Entscheidung für besseres Wetter aufheben wollen. Da ist plötzlich die rechte Seite von Luckenwalde durch. Der Rechtsaußen schießt flott, der Torwächter von Reinickendorf wirft sich in die linke Ecke und zieht den Ball, der bestimmt vom Pfosten ins Aus gezogen wäre, unnötigerweise gegen die Schulter, von der er ins Tor kontert. Das gibt den Reinickendorfern neuen Ansporn. Eine Angriffswelle nach der anderen rollen sie gegen das Gästetor, aber immer ohne Erfolg. Eine Viertelstunde vor Schluß scheint ein Handelfmeter den Ausgleich zu bringen, aber auch diese Chance bleibt ungenutzt. Nun glaubte man schon an einen Sieg der Gäste. Aber da nehmen die Reinickendorfer noch einmal alle Kraft zusammen und es gelingt ihnen ein Schuß, der auch für den längsten Torwächter des ersten Kreises unhaltbar ist. Luckenwalde versucht noch einmal mit aller Kraft das Spiel für sich zu entscheiden. Dann trennte der Schlußpfiff die Gegner, die sich nach besten Kräften bemüht hatten. — Durch den unentschiedenen Ausgang des Spieles müssen die Mannschaften nochmals zu einem Entscheidungsspiel mit der Abteilungsmeisterschaft antreten, das wahrscheinlich schon am 17. Januar auf neutralem Platze ausgetragen wird.

## Auch im Vogtland „verwässerte“ Spiele

Das plötzlich eintretende Tauwetter hat die Plätze in vollständig vereisten oder in schlammigen Zustand versetzt. Viele Vereine zogen deshalb vor, überhaupt nicht zu spielen. Die spielenden Mannschaften mußten sich den schlechten Bodenverhältnissen entsprechend mehr aufopfern. So kamen Resultate zustande, die niemand vorausahnte.

### Wacker I—Kleinfriesen I 6:3 (2:2)

Trotz vereisten Bodens bemühten sich beide Mannschaften, ein anständiges Spiel vorzuführen. Was ihnen auch gelang. Wacker geht in Führung, doch kurz darauf gleicht Kleinfriesen aus, um anschließend die Führung zu übernehmen. Wacker ist im Zusammenspiel besser, doch reicht es nur zum Remis. Nach Halbzeit ist Kleinfriesen besser im Schwung, und Wacker wird etwas zurückgedrängt. Aber nachdem beide noch je ein Tor geschossen ist es mit Kleinfriesens Kunat vorbei. Angriff auf Angriff rollt auf Kleinfriesens Tor, und dreimal wurde noch unhaltbar eingesandt. Uebrigens, es ist kein sportliches Benehmen, wenn man seine Elf im Stich läßt, wie es der Kleinfriesener Torer tat.

### Wacker II—Kleinfriesen II 6:0

Gegen die in Form befindlichen Wackeraner hatten die Gäste nichts zu bestellen.

### Treuen I—Grün I 6:4 (4:1)

Treuen ging gleich nach Anstoß in Führung und konnte durch seine Ueberlegenheit ein 4:1 erzielen. Durch gute Einzelleistung konnte Grün den 1. Treffer anbringen. Im zweiten Lauf kam Grün etwas mehr frei und konnte dadurch noch ehrenvoll abschneiden.

### Treuen II—Grün II 8:0

Hier hatte Treuen das Spiel vollständig in den Händen.

### Eintracht I—Kürbitz I 3:1 (1:0)

Kürbitz in neuer Aufstellung verstand es, Eintracht zur Hergabe ihres ganzen Könnens zu zwingen. Der Sturm allerdings muß mehr Entschlossenheit zeigen, denn ihr Halblinker ließ viele Torgelegenheiten aus. Der Torer von Kürbitz hatte seinen besten Tag und verhinderte eine größere Niederlage. Durch Fehlschlag des linken Verteidigers von Kürbitz kam Eintracht in der 15. Minute zum Führungstor. Schöne Durchbrüche auf beiden Seiten, doch Zählbares wurde nicht erreicht. Nach Seitenwechsel dasselbe Spiel, das Eintracht noch zwei Treffer einbrachte. Kürbitz konnte durch Elfmeter das Ehrentor erzielen. Infolge des plötzlich stark eintretenden Tauwetters wurden von den Schiris sämtliche Plätze für spielunfähig erklärt. Nur beim Spiel 1. Abt.—4. Abt. einigte man sich dahingehend, ein Trainingsspiel zu machen. Mit unvollständiger Mannschaft betrat die Gegner den Platz. Die 1. Abt. lieferte das bessere Spiel. Wie immer zeigte 4. Abt. nichts Einheitliches. Vor dem Schlußpfiff verließen zwei Genossen der 4. Abt. das Spielfeld. Der Schiri (1. Abt.) war gut.

## Spielergebnisse aus Sachsen

### Fußball

Bezirk Dresden: Helios—Lockwitz 5:0; 09—Sörnwitz 4:1. — Bezirk Burgstädt-Limbach: Clausnitz—Konkordia-Chemnitz 3:1. — Bezirk Mittweida: Roßwein—Waldheim 3:0; Geringwalde—Roßwein 2:4. — Bezirk Chemnitz: Vorwärts—Clausnitz 9:3; Glauchau gegen Vorwärts-Itzenberg 4:1; Hainichen—Nossen 3:1; Bernsdorf—Callenberg 8:2; Neukirchen gegen Stollberg 1:2. — Bezirk Leipzig: Schönefeld—Großzschocher 1:1.  
Im Handball verlor Dresden-Altstadt komb. gegen Neustadt Sportler komb. 3:7.

ASC. Berlin. Vierteljahrsversammlung am Dienstag 5. Januar bei Schröder, Neukölln, Steinmetzstraße 32. Ecke Schiller-Promenade. — Das Hallentraining beginnt wieder für Männer und Jugend: Freitag, 8. Januar, Treptow, Neus-Krug-Allee 10; Dienstag, 12. Januar, Neukölln, Weisestraße 20; für Frauen: Donnerstag, 7. Januar, Neukölln, Weisestraße 20.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

## 12. Fortsetzung.

Celestina blickt auf das Mädchen, das sich bei der Arbeit beugt und reckt. Sie empfindet einen gewissen Widerwillen, aber sie weiß, Ingrid selbst hat nichts damit zu tun. Diese junge erinnert sie nur stark an ihre Nichte, die eines Tages — es ist schon eine lange Reihe von Jahren her — mit Celestinas Mann auf und davonlief.

Das war noch in den ersten Jahren des Aufenthalts in Amerika. Man schrieb ihr damals aus der irischen Heimat, daß die Eltern der Kleinen gestorben waren, daß sie allein auf sich gestellt sei und hungern müßte. Celestina ließ die Nichte kommen und da erschien dann eines Tages so ein gesundes, strahlendes Mädchen. Die sollte gehungert haben? Da wußte Celestina schon besser, was hungern hieß; aber böse wurde sie dem Mädchen freilich erst, als es mit Celestinas Mann plötzlich das Weite suchte und sie mit Shirley allein ließ.

Nun, wozu sich über Vergangenes den Kopf zerbrechen? Die Arbeit drängt auch, es bleibt nicht viel Zeit übrig für Gedanken über die Vergangenheit.

„So viele Bücher!“, sagt Celestina anerkennend. Sie sind jetzt in einem Appartement, das mit eigenen Möbeln der Bewohner

ausgestattet ist. Sogar ein Bücherregal ist da; eine Seltenheit im Hotel Amerika.

Die Bücher verraten die vielseitigen Interessen und die Bildung ihres Besitzers, was allerdings weder Celestina noch Ingrid feststellen können. Aber die Bücherregale wirken auf sie trotzdem angenehm.

Diese Zimmer zeichnen sich überhaupt durch besondere Gediegenheit und eine gewisse Ruhe aus.

Die Wände sind mit Bildern geschmückt, die sowohl Celestinas wie Ingrids Beifall finden; es sind Radierungen, die Szenen aus der Bibel darstellen.

Die Korrespondenzen und Arbeiten auf dem Schreibtisch lassen vermuten, daß der Bewohner an einem Buche über die Geschichte der frühen amerikanischen Literatur beschäftigt ist. Er benutzt sein Arbeitszimmer auch als Schlafraum, während der nächste Raum als Empfangszimmer dient. Er ist mit Perserteppichen und schönen chinesischen Vasen ausgestattet, und auch hier liegen verschiedene wissenschaftliche Werke und Schriften herum.

Der daran stoßende dritte Raum ist das Schlafzimmer der Frau Professor, denn man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß der Bewohner des Appartements etwas Ähnliches ist.

Allerdings zeigt das Zimmer der Frau

einen Unterschied zu den anderen, einen gewissen Reiz, es ist zu auffällig ehrbar und einfach. Am Fenster steht ein Nähtisch mit Strickzeug und mit einem Buch, das nur eine sehr primitive Seele erfreuen kann. Alle Gegenstände, auch die Kleider, zeigen einen etwas provinziellen und wenig gewählten Geschmack.

„Sie ist eine ganz alte Dame“, stellt Ingrid fest, die von einem Polster ein langes weißes Haar nimmt.

„Hast du sie schon gesehen?“ fragt Celestina.

„Nein, aber ihn. Wie gefällt es dir hier, Celestina?“

„Na, jedenfalls sieht es hier besser aus, als vorher bei den verstorbenen Kerlen.“

„Und doch habe ich hier etwas Dummes erlebt.“ „So?“

„Komm, ich zeige dir etwas.“ Ingrid geht zurück in das Arbeitszimmer des Professors und kramt auf dem Schreibtisch.

„Nein, sie sind nicht mehr hier, er hat sie sicher verschlossen. Er hatte so merkwürdige, häßliche Bilde. Als ich seinen Schreibtisch in Ordnung bringen wollte, — alles lag in einem solchen Durcheinander, — habe ich eine Mappe verschoben und dabei sind einige Bilder herausgefallen.“

„Na, und?“

„Und nichts. Gerade, als ich mir die Bilder ansah, ist er hereingekommen; ich habe ihn erst später bemerkt und einen Schreck bekommen, — aber er auch. Er hat mir ein großes Trinkgeld gegeben.“

„Ein großes Trinkgeld, weil du seine Bilder angesehen hast?“

„Nein, nicht deshalb.“

„Sondern?“

Ingrid erinnert sich wieder an die Szene, aber sie schweigt.

Während sie die Möbel abstaubt, muß sie

wieder daran denken. Auf den Bildern waren nackte Menschenkörper in merkwürdigsten Stellungen abgebildet und Ingrid hatte sie mit solchem Interesse betrachtet, daß sie sogar ihre korallenfarbenen Haare, die eine Neigung hatten, ihr vor die Augen zu fallen, nach hinten strich, um besser sehen zu können.

Da fühlte sie, vor Schrecken fast erstarrend, eine Hand auf ihrem Arm, eine Hand, die gegen ihre Brust vorrückte. Ingrid konnte mit weit aufgerissenen Augen diese Hand sehen, die lang und schmal war, mit einer gelblichen, schon pergamentenen Haut überzogen, mit länglichen, ins Bläuliche schimmernden Fingernägeln, die zitternd ihren Körper abtastete.

Sie wollte aufschreien, aber der Schrei blieb in ihrer Kehle stecken. Schuld bewußt hielt sie immer noch die Bilder in ihrer Hand.

Nur langsam dreht sie den Kopf zur Seite und erblickte das Gesicht eines alten Mannes, ein durchgegeistertes Gesicht, das aber verwüstet aussah — und doch befreit, als hätte es eine Maske fallen lassen und könnte nun freier atmen.

In diesem Augenblick hörte man Schritte im Nebenzimmer. Die Stimme einer alten Frau schallte herüber.

Der Professor — denn sicher war der alte Mann der Zimmerbewohner — schien vollkommen erstarrt zu sein, er wurde aschfahl, seine Hände fielen von Ingrid ab und blieben an einer Stuhllehne hängen.

Ingrid warf schnell die Bilder hin, sie mußte noch ihre Reinigungswerkzeuge zusammensuchen.

Der Professor antwortete nicht der Stimme draußen; er hatte sein Gesicht in die Hände verborgen, schüttelte sich wie in Ekel vor sich selbst und flüsterte vor sich hin:

„Wann kommt nur das Ende?“

(Fortsetzung folgt.)



## Düsseldorf

**Apollotheater.** Die Premiere des Apollo-Januarprogramms hatte ein bis auf den letzten Platz ausverkauft Haus und ein beifallfreudiges Publikum. Es wurde Tüchtiges geboten. Dompeter Kaden mit seiner Riesensportmädels von 1931/32, Iwan Bankoff und Betty Cannon, alle warteten mit Leistungen auf, die als erstklassig bezeichnet werden müssen. Naturgemäß fanden Fritz Neumann und Gene Farbel besonders großen Beifall. Der Tonfilm „Ronny“ wurde eingeleitet mit einem von Direktor André Frank in Szene gesetzten „Symphonie von Wasser, Licht und Schönheit“, wie es im Programm heißt. Die Wirkung war so stark, daß dadurch der Tonfilm „Ronny“ auch bei einem Publikum, das sonst derartige Filme liebt, stark zurückgedrängt wurde. Ueber den Film viel zu sagen, erübrigt sich; natürlich war der Fürst, der darin vorkommt, kein Wüstling, sondern ein charaktervoller Mensch wie alle Fürsten, und die arme kleine Ronny wurde glücklich mit ihm, weil sie tugendhaft war...

## Mülheim (Ruhr)

**KPD-Streikparole endet mit Verhaftungen.** Der kommunistischen Streikparole hat die Mülheimer Arbeiterschaft so gut wie gar keine Folge geleistet. In den Betrieben der Vereinigten Stahlwerke und auf den Zechen des Mülheimer Bergwerksvereins wurde wie immer gearbeitet. Nach dem Bericht der Polizei wurden in den letzten Nächten insgesamt vier Klebkolonnen in Stärke von 18 Personen, die Streikparolen an Mauern, Häuser und Zäune gemalt hatten, vorläufig festgenommen. Im Stadtteil Heißen wurden am 2. Januar frühmorgens etwa 100 Personen festgenommen, weil sie versucht hatten, Arbeitswillige vom Betreten der Arbeitsstellen fernzuhalten. Dabei wurden Flugblätter, Pfeifer und Schlagwerkzeuge bei einem Teil der Festgenommenen gefunden. Sie wurden dem Richter vorgeführt. Wie nachträglich bekannt wird, handelt es sich bei den Festgenommenen um erwerbslose Zechenarbeiter, zum Teil aus Essen und Borbeck, die der kommunistischen Streikparole gefolgt waren. Sie kamen ins Gefängnis.

## Knapsack

**„Geistiger Kampf“ der SPD.** Folgenden Erguß brachte die „Rheinische Zeitung“ Wilhelm Sellmanns am letzten Tag des alten Jahres:

Die SAP „erobert“ Knapsack. Unterm 16. Dezember erscheint in der „SAZ“, dem Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei, ein Artikel, betitelt „Vorstoß im rheinischen Braunkohlenrevier — Knapsack gründet Ortsgruppen der SAP und des SJV.“ Warum wir erst heute auf die Sache eingehen: Die „SAZ“ erscheint in Knapsack unter Auschluss der Öffentlichkeit; so sind wir erst auf Umwegen auf das welbewegende Ereignis aufmerksam gemacht worden. Ein großer Teil trat von der SPD und dem Reichsbanner zur SAP über, heißt es in dem Bericht. Von der SPD sind zwei Mitglieder, vom Reichsbanner zwei Jugendliche übergetreten. Ihre Mitgliederliste haben die Leute in dem benannten Artikel freundlich bekanntgegeben. Zur Vorstandswahl hat es so knapp gelangt. Damit war die Mitgliederliste aber auch völlig erschöpft. In dem Artikel sind die Verdienste unserer früheren Genossen Schäfer um die Arbeiterbewegung hervorgehoben worden. Schäfer ist z. B. Unterbezirksleiter im Deutschen Freidenkerverband, Vorsitzender der Freien Wassersportvereinsung, war bisher Jugendleiter der SAJ und Berichterstatter der „Rheinischen Zeitung“. Das Bild ist aber nicht vollständig. Wollen wir es ergänzen. Er hat schon eine Gastrolle in der KPD gegeben, und so zweifelsfrei ist er als Freidenker auch angeblich schon Stahlhelmer gewesen, was bis heute von ihm noch nicht widerlegt worden ist.

Weshalb die Genossen von der SPD „erst heute“ auf die Sache eingehen, hat wohl seinen Grund darin, daß sie immer hinter der Weltgeschichte herlaufen, und der Artikel wäre wohl überhaupt nicht gekommen, wenn gewisse Genossen von uns die „Rh. Ztg.“ nicht abbestellt hätten. Unsere Mitgliederliste haben wir bisher noch nicht bekanntgegeben — aus Rücksicht auf den nervösen Zustand der Genossen von der SPD. Und die Anwürfe gegen den Genossen Schäfer, — nun, wir kennen das „geistige“ Rüstzeug unserer SPDisten. Sie können ja schließlich nichts dafür, daß es nicht weiter langt. Für uns genießt der Genosse Schäfer dasselbe Vertrauen, das er auch in der SPD genoß, wo ihm mit den verschiedenen Funktionen reichlich Arbeit für die Bewegung übertragen wurde, welche die Geiferer von heute sich weit genug vom Leibe hielten. Auch ist es ja nicht Sache des angerempelten Genossen, irgendwelche haltlosen Behauptungen zu widerlegen, sondern es ist Sache desjenigen, der Verdächtigungen ausstreckt, diese zu beweisen; andernfalls ist er kein ehrlicher Genosse, sondern ein Verleumder. Uns kann es recht sein, wenn die SPD hier am Ort das bißchen politische Porzellan, das sie noch zu hüten hat, mit derartigen Infamien zerschlägt. Denn die Ausdrücke der Entrüstung, welche wir von allen Seiten, auch von Mitgliedern der SPD vernommen haben, zeigen uns, daß das Machwerk in der „Rh. Ztg.“ für die SAP gearbeitet hat. Und wenn die „Rh. Ztg.“, die es nicht unter ihrer Würde hält, derartige Giftspritzer gegen den Parteigenossen und Berichterstatter von gestern zu veröffentlichen, hier nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit erscheint, soll das nicht unsere Schuld sein. Vorwärts, Genossen, auch in Knapsack für Klarheit und Sauberkeit, für die Einheit der Bewegung der Linke der SAP!

## Osnabrück

**Gewerkschaftserfolg der SAP.** In der Generalversammlung des Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverbandes wurde die Wahl der Delegierten für das Gewerkschaftskartell vorgenommen, die mit einem überlegenen Erfolg der SAP endete. Von den insgesamt acht Delegierten sind vier Mitglieder, darunter der erste Vorsitzende der SAP, zwei weitere Delegierte sind Sympathisierende der SAP. Die SPD konnte nur zwei Delegierte

## Die „vorsorgliche“ Weseler Polizei

Aus Wesel wird uns geschrieben:

Um die Aktivität der Arbeiterschaft gegen den Naziterror auch in Wesel zu fördern, hatten unsere Genossen eine Aussprache mit den anderen Arbeiterparteien eingeleitet. Der Zweck war, eine gemeinsame Plattform zur Bekämpfung des Faschismus zu schaffen. Nach eingehender Diskussion zwischen den drei sozialistischen Parteien war für den Anfang als Einleitungsaktion folgendes beschlossen:

1. Herausgabe eines gemeinsamen Flugblattes gegen den Faschismus.
2. eine gemeinsame Versammlung, zu der alle drei Parteien einen Redner mit gleicher Redezeit stellen sollten.

Der Entwurf des Flugblattes charakterisierte das unpolitische Bürgertum und schilderte, weshalb sich dieses Bürgertum Hitler in die Arme wirft. In den Korruptionsstall der Nazipartei wurde ein bißchen hineinleuchtet. Am Schluß stand eine Aufforderung an die werktätige Bevölkerung, dem Ruf „Heil Hitler!“ die gemeinsame Front der Arbeiterschaft gegenüberzustellen.

Unser Genosse Kirking war beauftragt, den Entwurf des Flugblattes vor dem Druck der Polizeiverwaltung zur Genehmigung vorzulegen. Die drei politischen Parteien, das Gewerkschaftskartell und eine Reihe anderer Arbeiterorganisationen hatten das Blatt

unterzeichnet, und unser Genosse Jakob hatte verantwortlich gezeichnet. Damit waren die Genossen der Auffassung, daß alle Formalitäten gegenüber der Polizei erledigt waren.

Die Antwort der Polizeiverwaltung, die drei Wochen (!) auf sich hat warten lassen,

übergeben wir zur Illustration der Öffentlichkeit. Sie lautet wie folgt:

Wesel, den 28. Dezember 1931.

„Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.“

5. Pers. 520/31.

An den Lithograph

Herrn Wilhelm Kirking, Wesel, Blücherstr. 58.

Unter Bezugnahme auf das von Ihnen am 7. 12. d. J. zur Verbreitung vorgelegte Flugblatt mit der Überschrift:

„Auffruf an die werktätige Bevölkerung“ wird folgendes mitgeteilt: Auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931, Teil 8, Kapitel, § 1, Abs. 2, kann das Flugblatt zur Verbreitung nicht genehmigt werden.

Ferner kann aus sicherheits- und ordnungspolizeilichen Gründen die Verbreitung des Flugblattes nach dem 3. Januar 1932 nicht zugelassen werden. Zuwiderhandelnde machen

sich nach den gesetzlichen Bestimmungen strafbar.

„M.“ — das ist das Zeichen des Polizeioberinspektors. Also haben die doch recht behalten, die da sagten, daß der Herr Oberinspektor „sowas“ nicht gerne habe.

Und wie wird es die Weseler Polizei mit den Nazis halten?

Ende November titulierte ein Naziverräter unseren Genossen Rosenfeld als Arbeiterverräter und behauptete, er sei mehrfacher Millionär. Er drohte wörtlich damit, daß in einigen Wochen die „Arbeiterverräter“ an den Bäumen zu hängen kämen und die Juden noch einen Ast höher gehängt würden. Wir sind gespannt, was die Polizei „aus sicherheits- und ordnungspolizeilichen Gründen“ gegen diese Mordhetze unternehmen wird!

Die Jagd nach den Parteiabzeichen hat die Polizei während des Burgfriedensordnungsgemäß durchgeführt. Aber hat sie die in der Hauptstraße an der Geschäftsstelle der Nazizeitung hängende Nazifähne nicht gesehen? Wir bezweifeln, daß die Polizei in der Hauptstraße eine sozialistische rote Fahne monatelang im Winde wehen lassen würde!

Die organisierte Arbeiterschaft von Wesel wird sich mit dem Ablehnungsbescheid der Polizeiverwaltung beschäftigen und deren Verhalten gegenüber den Nationalsozialisten ein bißchen schärfer kontrollieren müssen.

erhalten. Nicht zuletzt ist dieser Erfolg der entschlossenen und energischen Haltung unserer im Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband sitzenden Funktionäre zu verdanken, die sich mit allen Mitteln gegen die Methoden des Genossen Haas von der SPD anlässlich des skandalösen Vorfalles bei der Wahl der Mitglieder der Gewerkschaftshausgesellschaft zur Wehr setzten; dafür wurde ihnen in der Generalversammlung das Vertrauen der überwiegenden Mehrheit ausgesprochen. Es kam hierbei zu einer scharfen Kritik an dem Verhalten der Genossen Haas und Sternberg bei der Durchführung der Wahl der Gewerkschaftshausgesellschaft. Haas und Sternberg haben es bis heute noch nicht für nötig gehalten, auf die schweren Vorwürfe, die wir in einem größeren Artikel in der letzten Dienstagnummer behandelten, eine Erklärung abzugeben. Man muß also nunmehr mit Sicherheit annehmen, daß die ganze hier geschilderte Geschichte nicht nur faul, sondern sehr faul ist.

## Kolberg

**„Erziehung- und Kampfmethoden der Spalter.“** Unter dieser Überschrift erschien kürzlich im sozialdemokratischen Blatt des Regierungsbezirks Köslin „Der Hinterpomer“ ein Artikel, welcher zu dem Artikel: „Ist das sozialistische Jugendarbeit?“ der SAZ vom 5. Dezember Stellung nimmt. „Der Hinterpomer“ ist darüber entrüstet, daß in der SAZ gestanden hat, die Schriftstücke und Aussagen seien erprelt worden. Wir fragen: ist es keine Drohung, wenn man dem Genossen gesagt hat: „Wenn du nicht die Wahrheit sagst, so werden wir dich in allen uns zu Gebote stehenden Zeitungen anprangern. Ebenfalls werde ich dafür sorgen, daß du von der Kolberger SAJ eine proletarische Abreibung bekommst.“ In der Ausrittserklärung, die ein übergetretener SAJler an den SAJ-Leiter geschrieben hatte, stand unter anderem: „Du hättest mich ja zurückgewinnen können, indem du mich von der Richtigkeit der SPD-Politik überzeugst hättest.“ Darauf erhielt der Genosse ein Schreiben vom SAJ-Leiter Dumke, in dem ganz gemeine Niederträchtigkeiten enthalten waren. Einige Kostproben daraus: — und von wegen dem Zurückgewinnen durch Überzeugung, das hielt ich für so zwecklos, wie etwa einen Ochsen davon zu überzeugen, kein Gras zu fressen... Da ich es nicht mit meinen moralischen Auffassungen vereinbaren kann, mit einem derart durchtriebenen Gezellen und Jammerlappen... noch länger Verkehr zu pflegen.“ — an einer anderen Stelle heißt es: „Wenn ich dir ja auch an sich nie viel Intelligenz zutraut habe...“ vor vier Wochen erhielt derselbe Genosse von dem SAJ-Leiter eine Karte, worauf er bittet, bei der Feier der SAJ-Köslin das Referat zu halten, da er noch eher dazu imstande sei als der Leiter des Unterbezirks Köslin. Sonderbar! — „Der Hinterpomer“ findet es komisch, daß die zwei SAJ-ler übergetreten sind, da sie doch eine Erklärung unterschrieben haben, mit der sie sich von der SAP und SJV lossagten haben. In der Erklärung hat gestanden, daß sie sich von den Spaltern lösen wollen. Dem „Hinterpomer“ dürfte jedenfalls bekannt sein, daß der Parteivorstand der SPD der „wahre Spalter“ ist. Kann man sich wundern, wenn die zwei SAJ-ler übergetreten sind? Das war doch die Konsequenz. Wenn der „Hinterpomer“ Berichterstatter meint, unsere Methoden seien unsozialistisch und unsachlich, so muß man feststellen, daß die Methoden der SPD und SAJ noch unsozialistischer und unsachlicher sind. Zum Schluß bemerkt „Der Hinterpomer“, daß er denjenigen, der die in der SAZ wiedergegebenen Behauptungen aufgestellt hat, als einen erbärmlichen Lügner bezeichne. Wir erklären den „Hinterpomer“-Berichterstatter für einen noch erbärmlicheren Lügner. Unsere Bewegung ist durch persönliche Hetze nicht aufzuhalten. Wir siegen trotz Haß und Hohn!

## Dessau

**15 Prozent Lohnabbau bei der „Fine“.** Wie wir erfahren, hat der Leipziger Schlichter kurzen Prozeß gemacht. Nach Feststellung, ob nach der Notverordnung 10 oder 15 Prozent in Frage kommen, hat er einfach 15 Prozent diktiert. Raffinerie-Arbeiter, folgt nicht den

Parolen der RGO., sondern bleibt dem Fabrikarbeiter-Verband treu, aber sorgt für Aenderung des Kurses, der bei euch dringend not tut. Die Raffinerie hat immerhin noch so um tausend Beschäftigte. Sie hat die Arbeitszeit von 56 Stunden im Durchschnitt, bei den Schichtarbeitern auf 44 Stunden verkürzt. Ohne Lohnausgleich und ohne Neueinstellung. Also ein glatter Gewinn für die Aktionäre. Aber sie ist eben für die Stadt und für die bei ihr beschäftigten Proleten eine Quelle, aus der noch Steuern und Löhne fließen. Gerüchte wollen nun wissen, daß die Raffinerie geschlossen wird. Dieser Betrieb, der für die Stadt noch mehr Bedeutung hat als für die Arbeiterschaft selbst, würde ein Opfer der Zucker-Trusts werden.

## Libbesdorf

**Nette Zustände — Herr Hollenbach!** Es dürfte auch die anhaltische Regierung interessieren, daß auf seinen Domänen herrliche Zustände herrschen. Aber sonst ist es im allgemeinen Sache des Landarbeiter-Verbandes, sich darum zu kümmern und nicht nur unqualifizierte Zwischenrufe auswendig zu lernen. So werden hier von noch nicht 18jährigen Mädels Arbeiten verrichtet, die den entlassenen Männern zukommen. Unter Druck hat man von den Arbeitern verlangt, daß sie sich von der Erwerbslosen-Versicherung befreien ließen. Nun werden vier Landarbeiter einfach entlassen, darunter auch der Betriebsrat. Wo waren sie denn, Herr Hollenbach? Was nützt nun die Amtsverlängerung, wenn der Amtsinhaber trotz ihrer Tolerierung stempeln geht? Vielleicht erinnern sie sich, daß es noch ein Betriebsrats-Gesetz gibt.

Eine Gefahr. Der Weg von Libbesdorf nach Lausig ist nur noch am Tage zu begehen. Baumlöcher, vor unzefähr vier Wochen aufgeworfen, bilden natürliche Fallgruben. Vielleicht bemüht sich die Aufsichtsbehörde, bevor der Uebelstand zum öffentlichen Aergernis wird.

## Köthen

Der Herr Kreisdirektor — kommt nach Dessau. Damit dürfte der Streit nun endlich erledigt sein.

## Roßlau

**Stillelegung der Porzellanfabrik.** Wir berichteten vor unzefähr 14 Tagen von dieser Gefahr, die nun leider Tatsache wird. Als Weihnachtswunsch konnte der Werkleiter dem Betriebsrat den Auftrag des Kala-Konzerns mitteilen, bei der Regierung die Stillelegung zu beantragen. Rund 300 Proleten werden betroffen. Roßlau ist eine sterbende Stadt.

## Arnstadt

**Der von Brüning diktierte Weihnachtsfriede zu Ende.** Nachdem die Feinde der Arbeiterklasse als erste nach dem von Brüning diktierten Weihnachtsfrieden, die Deutschnationalen am Montag und die Nazis am Mittwoch, mit öffentlichen Versammlungen begonnen haben, ladet die Sozialistische Arbeiterpartei alle Schichten der werktätigen Bevölkerung für Freitag, den 8. Januar, 20 Uhr, zu einer öffentlichen Versammlung im Saale des Kurhauses ein. Thema: „Weltwirtschaftskrisis, Faschismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse.“ Parteigenossen, rüttelt die Sämnigen auf!

Die Gewerkschaftsbibliothek befindet sich ab 1. Januar in dem Hause Poststr. Nr. 1. Wir empfehlen fleißige Benutzung.

## Eisleben

**Gedämpfter Trommelklang.** Die kurz vor Jahreschluß noch einmal versammelten Stadtväter beschäftigten sich zunächst mit der in letzter Sitzung abgerechneten Behandlung des vorliegenden Vertragsentwurfs der Mansfeld-A.-G. wegen weiteren Kupferschiefer-Abbaues unter der Stadt vom Clotildeschacht aus. Wir haben darüber schon eingehend berichtet. Diesmal klangen die Trommeln der Sicherheitsforderungen schon gedämpfter, denn inzwischen hatten die Bürgerlichen mit einem Vertreter der Mansfeld-A.-G. einige Tage vorher eine besondere Sitzung abgehalten, die zwar nicht alle Bedenken restlos zerstreute, aber von den letzthin aufgestellten Forderungen, bei denen die Mansfeld-Direktoren heftig abgewunken hatten, nicht viel übrig ließ. Man einigte sich

mit Ausnahme der Kommunisten, die den Vertrag wegen ungenügender Sicherungen ablehnten, auf folgende Forderung: Die Stadtverordneten stimmen dem Vertrag mit dem Vorbehalt zu, daß die Unterschrittsleistung durch den Magistrat erst dann zu erfolgen hat, nachdem eine zu bildende interfraktionelle Kommission mit der Mansfeld-A.-G., dem Oberbergamt und den zuständigen Regierungsstellen die endgültige Fassung des Vertragsentwurfs festgelegt hat. Im Endeffekt bedeutet das einen Rückzug der Stadtväter, und zwar einen sehr gedämpften, denn im Ernst wird doch wohl kein Mensch annehmen, daß ihre Vertreter in dem erwähnten Gremium einen entscheidenden Faktor darstellen. Der weitere Vorbehalt, wonach der Magistrat den durch Erdsenkungen und Erdstöße geschädigten Bürgern tatkräftigen Rechtsschutz gewähren soll, ist ebenfalls nur bedingt. Denn einmal hängt dessen Gewährung wesentlich ab vom Können des Magistrats und zum andern setzt er in die angeklagte Bereitwilligkeit der Grubenbarone, für die Schäden aufzukommen, berechtigter Zweifel. Ausschlaggebend für die Stadtväter war die bei Ablehnung des Vertrags angeblich drohende Stillelegung des Clotildeschachtes. Wir haben im vorigen Bericht darauf hingewiesen, daß diese drohende Absicht der Mansfeld-Direktoren nur eine Figur auf ihrem kapitalistischen Schachbrett darstellt. Wenn sich die Stadtväter einschließlich der SPD dahinter verschanzen, so ist das nur ein politischer Kniff, der ihre eigene Ohnmacht gegenüber dem Grubenkapital verdecken soll. Nun folgte die Etatsberatung. Seine Gültigkeit läuft am 31. März ab! Obwohl ausgedehnte Sitzungen seiner Vorberatung galten, hatte die SPD hierzu 126 Anträge gestellt! Gänzlich verwerft wurde aber dieses von der SPD markierte Recht auf Selbstverwaltung durch eine Bemerkung des bürgerlichen Vorstehers, wonach durch die Notverordnungen das Etatsrecht der Stadtväter wesentlich eingeschränkt sei. Diese klatschende Ohrfeige schüttelte die SPD wie nasse Pudel ab. Die Spitze der „126“ geht gegen den Bürgermeister, den sie im Verdacht haben, durch künstliches Aufbauschen des Fehlbetrags den Etat frisirt zu haben. Der Verdacht erscheint uns nicht gerechtfertigt, auf diesem Gebiet ist Dr. Waltsgott viel zu ängstlich und vorsichtig. Im übrigen hat ja der Regierungspräsident durch die saftige Erhöhung der Kopfsteuer auf 400 Prozent der SPD das Florett aus der Hand geschlagen. Und nun kam der Clou des Tages: die Bürgerlichen, die von dem Hin- und Herbewirge die Nase voll hatten, setzten durch ein bloc-Annahme des Etats, d. h. Annahme in Bausch und Bogen, die SPD mit ihren „126“ in den Sand! Nun wollen sie den Bürgermeister beim großen Bruder Regierungspräsident verpetzen. Das posanten sie auch noch großartig hinaus, so daß der Bürgermeister gleich Paroli bot und wie ein wackerer Schwabe furchtlos focht! Der Etat sieht an Steuern vor: Grundvermögen bebaut 325 Proz., un bebaut 282,5 Proz., Gewerbesteuer 600 (Gastwirte 720) Proz., Lohnsummensteuer 2600 Proz. Es folgten nun Anträge der Bürgerlichen auf Senkung der städtischen Tarife im Durchschnitt um 10 Prozent. Einige davon deckten sich mit denen der SPD. Hierbei handelt es sich lediglich um Befolgung von oben gegebener Tipps, denen noch das Odium der doppelten Schärfe anmetet. Denn bekanntermaßen müssen die durch Senkung der Tarife geschädigten Einnahmen anderswo ergänzt werden. Vielleicht hat der sozialdemokratische Regierungspräsident noch eine Erhöhung der Kopfsteuer in Reserve? Am Schluß der Tagung gelangte noch ein auch uns sehr sympathischer Antrag der SPD auf Zusammenlegung des Lyzeums und der Mittelschule zur Debatte. Mit dem in absehbarer Zeit bevorstehenden Rückgang des Bergbaues wird es höchste Zeit für die Bergarbeiterschaft, mit ihren kostspieligen Wohnheiten, zu denen das Lyzeum gehört, gemeinsam aber sicher aufzuräumen.

## Organisationsnachrichten

SAP Groß-Dortmund: Ortsgruppe Süd: Mittwoch, 6. Januar, 19.30 Uhr, im Lokal Kokerbeck, Weberstraße, Hauptversammlung; Vorstandswahl. — Ortsgruppe Nord: Ost: Mittwoch, 6. Januar, 19.30 Uhr, im Lokal Assauer, Borsigplatz, Hauptversammlung; Vorstandswahl. — In beiden Versammlungen Gäste willkommen.



# Furchtbarer Freitag

Kattowitz, 4. Januar

Auf furchtbare Weise sind in der Ortschaft Jensor bei Myslowitz der Pächter Färber und eine unbekannte weibliche Person, offenbar seine Geliebte, aus dem Leben geschieden. Färber erschoss zunächst seine Begleiterin, um dann die Leiche, sowie sich selbst mit Benzin zu begießen. Hierauf zündete er die völlig durchtränkten Kleider an und schoß sich im gleichen Augenblick noch eine Kugel in den Kopf. Die beiden Körper gleichen im Nu einer riesigen Feuer säule und verbrannten so vollständig, daß nur vereinzelte verkohlte Knochenreste übrig blieben. Nach Bekanntwerden des Vorfalles setzte aus der Umgebung eine wahre Völkerwanderung von Neugierigen nach dem Schauplatz der Tat ein, bis die Polizei schließlich eingriff und die Knochenreste fortschaffte.

# 12. Woche des Calmette-Prozesses

Der Fall Griese

(Eigener Bericht der „SAZ“) H.F. Lübeck, 4. Januar.

Wir hatten gemeint, mit der 11. Verhandlungswoche sei die Beweisaufnahme des Impfprozesses so ziemlich abgeschlossen. Aber schon wieder wurde eine Woche lang Beweis aufgenommen. Zur besonderen Verhandlung stand der Fall Griese. Schon im Dezember 1929, vor der allgemeinen Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck also, wurde das Kind Griese mit dem Impfstoff gefüttert. Im Januar 1930 zeigte das Kind eine positive Tuberkulin-Reaktion. Prof. Klotz ließ eine Drüse des Kindes Herrn Prof. Deyke und Dr. Jannasch übergeben. Diese stellten „angeborene Tuberkulose“ fest.

Die Lübecker Aerzte hätten bei diesem ersten Kind doch irgendwie auf einen Zusammenhang mit der Impfung schließen müssen. Dann hätte die ganze große Katastrophe noch verhindert werden können. Die Sachverständigen Ludwig Lange, Bruno Lange und Schürmann belasteten die Angeklagten. Ludwig Lange stellte fest, daß nach eingehenden Versuchen auch in dem Impfstoff vom 9. Dezember 1929 schon virulente Bazillen des Stammes Kiel gewesen sein müssen. Bruno Lange kritisierte besonders das Verhalten Prof. Deykes, der sich nicht mit der Feststellung einer angeborenen Tuberkulose beim Kind Griese hätte beruhigen dürfen. Er hätte Ende Februar, als er von dieser Erkrankung erfuhr, den Dingen sofort auf den Grund gehen müssen und vor allem die Calmette-Impfung einstellen müssen. Schürmann sagte, Deyke habe doch gewußt, daß in seinem Laboratorium auch menschliche Tuberkelbazillen vorhanden waren. Der Fall Griese hätte ihm irgendwie ein Signal sein müssen, um zu untersuchen, ob nicht Verwechslungen eingetreten sein könnten.

Prof. Much und Prof. Kleinschmidt sprachen zu Gunsten der Angeklagten, deren Feststellung „angeborene Tuberkulose“ sich vor allem auf die Tatsache stützte, daß auch die Mutter tuberkulos war.

Die „Virulenz“ der Nebenkläger hat sich vor allem durch die Anwesenheit Dr. Freys wieder wesentlich verstärkt. Häufig ist die Würde des Gerichts in Gefahr. Am Dienstag erhielt Dr. von Praun, der in bayrischer Tracht erschien, einen Ruffel. Vor einiger Zeit ließ der wachhabende Polizist, der sich auf die Anordnung des Vorsitzenden berief, einen Erwerbslosen nicht auf die Tribüne, weil er keine Wäsche um hatte. Wir meinen, die „Würde des Gerichts“ besteht darin, die Wahrheit aufzuspüren.

# Schneeverwehungen verursachen Eisenbahnunglück

Belgrad, 4. Januar

Die Schneeverwehungen brachten in der Nähe der Station Baker einen Personenzug zur Entgleisung. Mehrere Wagen stürzten einen Abhang hinunter. Ein Reisender wurde getötet, mehrere schwer verletzt. Der Verkehr der meisten internationalen Bahnlinien wurde durch die Schneefälle in den letzten Tagen lahmgelegt. Besonders groß sind die Verwehungen zwischen Agram und Sussak und zwischen Agram und Spalato. In den übrigen mittleren Landesteilen herrscht außerordentliche Kälte. In Sandschak zeigte das Thermometer gestern 30 Grad Kälte.

# Lohnabbau wird fortgesetzt

## Textilmagnaten diktieren

Lörrach, 3. Januar.

Der Verband süddeutscher Textilarbeiter Landesgruppe Baden, beschloß, vom 1. Januar ab die Lohnsätze des am 1. November 1931 abgelaufenen Tarifes für die badische Textilindustrie um 16 Prozent zu senken.

In der Begründung heißt es, daß die Betriebe wieder arbeitsfähig gemacht werden müßten, um weitere Entlassungen zu vermeiden, die Kurzarbeit zu vermindern und um nach Möglichkeit wieder Neueinstellungen vornehmen zu können.

Von der Neuregelung wurden etwa 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen.

## 15 Prozent Lohnabbau für Kumpels

Nach ergebnislosen Parteiverhandlungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat

der Schlichter auf Grund der vierten Notverordnung die Löhne mit Wirkung ab 1. Januar 1932 um 15 Prozent gekürzt. Diese Lohnregelung kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 30. April 1932 gekündigt werden.

## Schlichter diktat für Mansfeld

Halle, 4. Januar.

Der Schlichter für Mitteldeutschland fällt nach ergebnislosen Parteiverhandlungen im Lohnstreik bei der Mansfeld-A.G. folgenden Schlichterspruch:

Die Löhne werden ab 1. Januar 1932 gemäß der Vereinbarung vom 14. Oktober 1931 der geltenden Lohnsätzen um 9 Prozent gesenkt. Durch diese Kürzung dürfen die Lohnsätze, die seit dem 1. September 1926 Geltung haben, nicht unterschritten werden. Das Abkommen kann erstmalig mit einmonatiger Frist zum 30. April 1932 gekündigt werden.

# Der fällige Protest

CNB. Bochum, 3. Januar. (Eig. Meldung).

Der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands fällt in mehreren Funktorenkonferenzen eine Entschloßung, die sich scharf gegen die von der letzten Notverordnung vorgeschriebene Lohnsenkung wendet und besonders darauf hinweist, daß die Löhne der Bergarbeiter im Gegensatz zu den anderen Berufsgruppen auf den Stand von 1925 herabgedrückt würden. Die Regierung wird zur Beseitigung dieses Mißverhältnisses aufgefordert und um durchgreifende Maßnahmen auf dem Gebiete der Preissenkung ersucht.

\*

Die Regierung wird sich um den Protest der Bergbauindustriearbeiter den Teufel scheren, denn dieselbe Regierung, an die sich der Appell wendet, hat den Lohnabbau durch die Notverordnung, die ihr erst selbst wieder durch die Zechenherren von Rhein und Ruhr verordnet worden ist, ja gerade diktiert. Wer darum die Kumpels gegen diesen neuen brutalen Lohnraub schützen will — und das ist nicht nur die elementare Pflicht, sondern doch der eigentliche Zweck der Gewerkschaften, wird sich schon zu anderen Beschlüssen aufraffen müssen. Das ist's, was die Mitglieder heute mehr als je erwarten und fordern müssen. Nur dann werden die Gewerkschaften noch ernst genommen und geführt und nur dann auch wird das Vertrauen der Arbeiter in die Gewerkschaften wieder aufleben und wird auch deren Klage über Mitglieder-schwund versiegen. Die Behauptung, daß durch die

neue Lohnsenkung das Einkommen der Bergarbeiter im Gegensatz zu den anderen Berufsgruppen auf den Stand von 1925 herabgedrückt würde, stimmt übrigens nicht ganz. Eine ganze Reihe von Berufsgruppen erleiden durch die Notverordnung dasselbe Schicksal. Diese Feststellung ist uns freilich alles andere als eine Quelle des Trostes. Umgekehrt: sie erhebt die unfreiwillige Selbstanklage des Bergbauindustriearbeiterverbandes zu einer Gesamtanklage gegen den verhängnisvollen Kurs, der von den Gewerkschaften in Kriegs- und Nachkriegszeit eingeschlagen worden ist. Auf diesem Wege, das zeigt die neueste Entwicklung mit eindringlichster Plastizität, geht es unmöglich weiter.

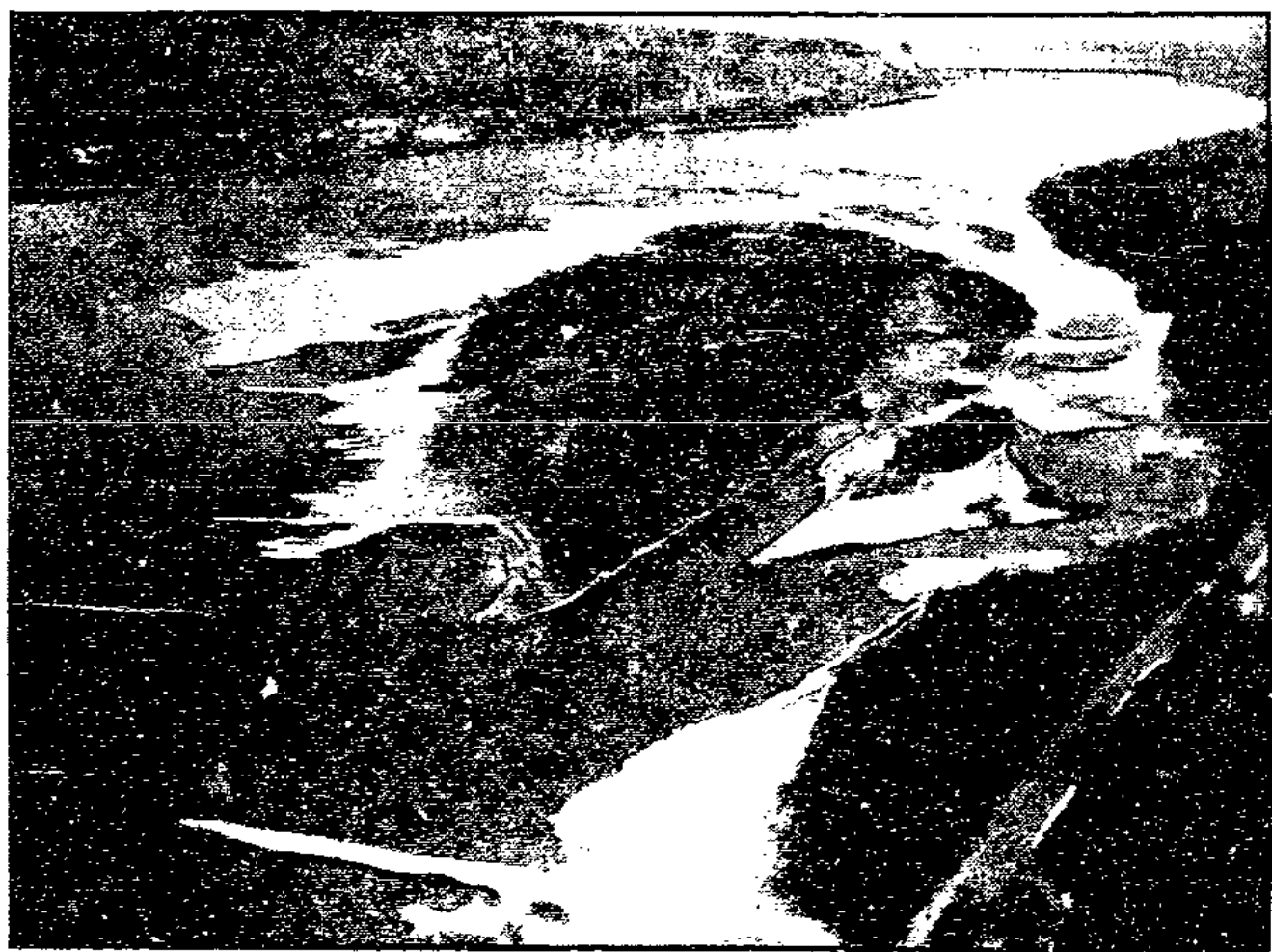
Es ist ja auch nicht einmal so, als ob nun durch den Lohnabbau der Zustand von 1925 wieder hergestellt ist. Zwischen 1925 und heute liegt die große Rationalisierung, die wie für die meisten übrigen Arbeitergruppen, so auch für die Bergarbeiter, nur eine Intensivierung, das heißt gesteigerte Ausbeutung ihrer Arbeitskraft bedeutet. Alles andere als Segen zu bringen, wie die Gewerkschaftsführung immer erwartete und verbiß, hat die Rationalisierung also nur Arbeitslosigkeit und größte materielle Not für die Arbeiterschaft gebracht.

## Streik der Themse-Schiffer

London, 4. Januar.

Die Themse-Schiffer sind heute früh in den Ausstand getreten.

## Das überschwemmte Mississippi-Delta



Flugzeugaufnahme der überschwemmten Mississippi-Mündung

# SAP

SAP, Ortsgruppe Steglitz: Dienstag, 5. 1., 20 Uhr, M. V. im Lokal Wernicke, Rugstr. 6. Neuwahlen der Funktionäre. — Funktionäre eine halbe Stunde früher.  
 Freie Sport- und Schützenvereinigungen, Ortsgruppe Prenzl. Berg: 5. 1., Funktorenversammlung 19.30 Uhr bei Krüger, Christenstr. 22. Jahres-Generalsversammlung am 7. 1., 19.30 Uhr, bei Reche, Metzger Str. 26.  
 Ortsgruppe Friedrichshain, Abteilung 2: M. V. Mittwoch, 6. 1., bei Brauer, Paul-Lüger-Str. 29, 20 Uhr.  
 Ortsgruppe Friedrichshain, Abteilung 5: M. V. 6. 1., 20 Uhr, bei Scheerel, Samariter-, Ecke Schreinerstraße.  
 Ortsgruppe Friedrichshain, Abteilung 7: M. V. Mittwoch, 6. 1., 20 Uhr, bei Beyer, Ebertstr., Ecke Matternstraße.  
 Ortsgruppe Friedrichshain, Abteilung 8: M. V. Mittwoch, 6. 1., 20 Uhr, im Lokal Palisadenstraße 58.  
 Ortsgruppe Wedding: Bildungskursus Dora Fabian über „Theorie der sozialen Revolution“ wird heute pünktlich 19.30 Uhr fortgesetzt. Lokal Bahnhöfen, Burgdorferstr. 13. Einzug Wildenowstraße.  
 Ortsgruppe Charlottenburg: Parteigenossen, die dem ZSA angehören, werden auf die Mittwoch, 6. 1., stattfindende Bezirksmitgliederversammlung in Charlottenburg aufmerksam gemacht. Geschäftsbericht ist Pflicht.  
 Ortsgruppe Schöneberg, Abt. Friedenau: Mitgliederversammlung Freitag, 8. 1., fällt wegen der öffentlichen Versammlung aus.  
 Ortsgruppe Brandenburg Havell: Dienstag, 5. 1., Mitgliederversammlung, Organisationsstatut. — Donnerstag, 7. 1., Referentenkursus. — Mittwoch, 6. 1., Frauen-Arbeitsgemeinschaft, Politische Literatur. — Freitag, 8. 1., Jugendversammlung des SAV. — Dienstag, 12. 1., Mitgliederversammlung, Demokratie und Diktator (Ref. Gen. Hein Müller). — Donnerstag, 14. 1., öffentliche Versammlung im Schwierzgarten. — Dienstag, 19. 1., Mitgliederversammlung. Die Gewerkschaften (Ref. Genossin Frieda Hoffmann). — Mittwoch, 20. 1., Frauen-Arbeitsgemeinschaft, Sozialpolitik bei Gewerkschaften. — Donnerstag, 21. 1., Referentenkursus. — Dienstag, 26. 1., Mitgliederversammlung. Sowjet-Union (Ref. Gen. Willy Hubn, Berlin). Versammlungskreis: Goldene Kugel, Im. Bad. Neust. Heidestr. 71. Für die Mitgliederversammlung, sonst bei Müller, Muerkerstr. 2.



Nachrichten des Bezirke Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes.

- Heute, Dienstag, den 5. 1., 19.30 Uhr.  
 Charlottenburg „Karl Liebknecht“: Heim, Kaiserling-Allee 95b. — Diskussionsabend.  
 Friedrichshain „Rosa Luxemburg“: Heim, Große Frankfurter Str. 16. — Tagespolitik.  
 Helmholtzplatz „August Bebel“: Heim, Prenzlauer Allee 21. — Tagespolitik.  
 Köpenick „Roter Aufbau“: Tagespolitik.  
 Mitte „Rote Pioniere“: Heim, Elisabethkirchstraße. — Aussprache.  
 Marlowend „Rote Pioniere“: Heim, Götzstraße. — Unterbezirksmitgliederversammlung.  
 Neukölln I: Heim, Malower Str. — Tagespolitik.  
 Neukölln II: Heim, Malower Str. — Tagespolitik.  
 Neukölln III: Heim, Schulz Heraberg-Str. Raum 20. — Arbeitsgemeinschaft.  
 Neukölln IV (Britz): Heim, Schule Chausseestraße. — Arbeitsgemeinschaft.  
 Pankow: Heim, Kistner-Str. — Unsere Stellung zu Sowjet Rußland.  
 Stralau „Friedrich Engels“: Heim, Goßlerstraße. — Jahresrückblick.  
 Schönhauser Viertel „Paul Levie“: Heim, Gleimstraße (Volkssportplatz). — Jahreshauptmitgliederversammlung.  
 Süd-Ost „Jens Jurek“: Heim, Skalitzer Str. 6. — Jahreshauptversammlung.  
 Tempelhof „Jung Kämpfer“: Heim, Götzstraße. — Unterbezirksmitgliederversammlung. — Kampf dem Faschismus.  
 Währner Platz „Matteotti“: Heim, Reche, Metzger Straße 26. — Tagespolitik.  
 Weißensee „Karl Marx“: Heim, Lokal Bohacek, am Mirbachplatz. Jahresversammlung.  
 Westen „Lenin“: Heim, Genthiner Str. 17. — Jahresmitgliederversammlung.  
 Westend: Heim, Sportplatz. — Tagespolitik.  
 Unterbezirk Tempelhof: Heim, Götzstraße. — Kampf dem Faschismus. Andere Organisationen sind eingeladen worden.  
 Aktionsbezirk Nord-Ost: 20 Uhr, Heim, Prenzlauer Allee 24. — Obmann-Konferenz.

## Mitteilungen der BL

Achtung! Am Freitag, den 8. 1., fallen alle Veranstaltungen aus. Wir beteiligen uns geschlossen an der öffentlichen Versammlung der SAP, Kleins Festein.  
 Erwerbslosenstaffel: Alle arbeitslosen Genosseninnen und Genossen kommen morgen früh 10 Uhr ins Sekretariat. Von 10-11 Uhr liegen Zeitungen und Zeitschriften aus. 11 Uhr spricht der Gen. Sternberg: „Unsere Stellung zu den proletarischen Organisationen.“  
 EBL-Sitzung: Mittwoch, 6. 1., pünktlich 19.30 Uhr.

## Die Roten Falken:

Baltenplatz „Matteotti“: Heim, Tilsiter Str. 45.  
 Schönhauser Viertel „Paul Levie“: Heim, Sonnenberger Str. 20 (Schule). — Gruppenaussprache.  
 Mitte „Rote Pioniere“: Heim, Elisabethkirchstraße 19. — Aussprache.  
 Stralau „Rote Falken“: Heim, Goßlerstr. 61.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungsverlagsges. m. b. H., Druck: Georg Kowatz, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ, Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montage.  
 Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 204.  
 Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.  
 Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition: RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.00 und RM -.30 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto.  
 Inserentenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.  
 Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungsverlagsges. m. b. H.“, Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postbezeichnung: Berlin NW 7, Nr. 158 928.

**Volksbühne**  
 Theater & Konzert  
 D 1, Nordas 204  
 8 Uhr:  
 Die Großherzogin  
 von Genua

**Werbt für die „SAZ“**

**Kritik an den Programmen der deutschen Sozialdemokratie**  
 übt Anna Siemsen im 4. Buch der „Roten Bücher“ der „Marxistischen Büchergemeinde“.  
 Es ist ein Buch das jeden angeht!  
 Bestellt sofort das 4. Buch der „Marxistischen Büchergemeinde“ von **Anna Siemsen** „Auf dem Wege zum Sozialismus“  
 Preis 4 T.S., 1. Mitglieder der MBG. 3.— RM  
**Freie Verlags-Gesellschaft m. b. H.**  
 Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 67

**Stärkt den Pressefonds**  
**Werbt Abonnenten!**

**Die Schulungsbeilage des „Klassenkampf“**  
 ist eine glänzende Gelegenheit zur politischen Schulung  
 Der Parteivorstand der SAP rät den Genossen dringend an, sich dieser neuen Einrichtung des „Klassenkampf“ zu bedienen. Wer seither noch nicht Bezieher des „Klassenkampf“ war, sollte jetzt abonnieren. Bezugspreis monatlich 45 Pfg.  
 Man bestelle beim Briefträger, bei den lokalen Literaturbüchlein der SAP oder direkt bei der  
**Freie Verlags-Gesellschaft m. b. H.**  
 Bin.-Tempelhof, Hohenzollernkorso 67

**„Der Klassenkampf“**  
 die neue Nummer erschien bereits am 1. Januar, sie enthält u. a. Beiträge zur Diskussion über das Räte system von Klaus Zweiling, Fritz Lewy, außerdem u. a. Beiträge von Max Adler, J. de Kadit (Holland) und von Fritz Sternberg über die Bekämpfung des Faschismus  
**Bestellt sofort**  
 beim Briefträger, bei der örtlichen Literaturvertriebsstelle oder bei der **Freien Verlags-Gesellschaft m. b. H.**  
 Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 67.



# SAP Der tägliche Vormarsch

## Weiter vorwärts in Sachsen

In Klingenthal im Vogtland, wo die SPD-Gruppe fast geschlossen zur SAP übergegangen war, ergab die Generalversammlung ein weiteres Anwachsen. Die Ortsgruppe zählt 240 Mitglieder, der Schutzbund 100, SJV 39 und Kindergruppe 90. Die klassenbewusste Arbeiterschaft Klingenthal steht geschlossen bei der SAP!

In Kamenitz hat sich seit dem 1. Dezember die Mitgliederzahl verdreifacht.

## Haltet den Dieb! Die „Rote Fahne“ und der proletarische Kampf

Berlin, 4. Januar.

Die kommunistische „Rote Fahne“ hat es neuerdings um die Genossen Kurt Rosenfeld und Klaus Zweiling abgesehen. Der Leitartikel am 3. Januar dient ihrer völligen Vernichtung. Insbesondere hat es dem kommunistischen Organ die kürzlich von Kurt Rosenfeld in einem Leitartikel der „SAZ“ erhobene Forderung nach dem Generalstreik bei der Übernahme der Macht durch die Faschisten angetan. Die „Rote Fahne“ schreibt dazu:

„Die geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe zeigen, daß der Generalstreik nicht „vom Himmel fällt“, daß er vielmehr herauswächst aus den täglichen ökonomischen und politischen Kämpfen des Proletariats. „Generalstreik“ bei gleichzeitigem Verzicht auf den täglichen, ökonomischen und politischen Kampf, das war bereits das Rezept der Anarchosyndikalisten, gegen die Friedrich Engels, der Altmeister des wissenschaftlichen Sozialismus, allen vernichtenden Kampf geführt hat. „Alles oder nichts“, das ist die Theorie aller Opportunisten in der Arbeiterbewegung.“

Das KPD-Blatt spricht hier eine unbestreitbare Wahrheit aus. Nur schade, daß die KPD in der Praxis sich unfähig zeigt, irgendwelche politischen Konsequenzen aus dieser richtigen Erkenntnis zu ziehen. Gerade deshalb konnten die Kommunisten die tiefe Krise des kapitalistischen Systems nicht zu einer Sammlung des ganzen Proletariats auswerten, weil sie in der entscheidenden Zeit unter Verzicht auf konkrete Tagesforderungen zu führen sich versteift haben. Noch heute sabotieren sie jede wirkliche Einheitsaktion, indem sie die Frage der organisatorischen Führung der Einheitsfront, deren Lösung erst das Ergebnis des Kampfes sein kann, an die Spitze stellen und von der bedingungslos führenden Rolle ihrer Partei ihre Beteiligung an einer einheitlichen Aktion überhaupt abhängig machen. Das bedeutet, daß die KPD „die Frage des unmittelbaren Kampfes der Arbeiterklasse zwar mit dem Mund, aber nicht in der politischen Praxis stellt. Das bedeutet, daß die KPD praktisch den „täglichen ökonomischen und politischen Kampf des Proletariats“ verhindert und nur die recht laut herausgebrüllten Endlosungen übrigbleiben. Wie sagt die „Rote Fahne“? „Alles oder nichts — das ist die Theorie aller Opportunisten in der Arbeiterbewegung.“ Hat sie nicht gemerkt, daß sie hier — ganz richtig —

die KPD von heute als opportunistisch bezeichnet?

So richtig das ist, so falsch und nur durch Verdrehungen möglich ist die Anwendung dieses Vorwurfs auf Kurt Rosenfeld oder die SAP. Kurt Rosenfelds Forderung nach dem Generalstreik ist doch nicht isoliert von allem anderen erhoben, nicht „vom Himmel gefallen“. Sie steht in engstem Zusammenhang mit der von der SAP im ganzen Reiche eingeleiteten Aktion, im Kampf um konkrete ökonomische und politische Tageslösungen, die Arbeiterklasse zusammenzuführen und zu aktivieren. Auf dem Hintergrund dieser Aktion — die von der KPD-Bürokratie nach Kräften sabotiert wird — hat Kurt Rosenfeld seine Forderung nach dem Generalstreik erhoben. Die KPD-Redakteure müssen sie gewaltsam aus diesem Zusammenhang reißen, um ihr Werk der Sabotage des werdenden Kampfes und der Verhetzung tun zu können.

Wenn die „Rote Fahne“ unter diesen Umständen den Artikel Kurt Rosenfelds, die Forderung nach dem politischen Generalstreik eine Hilfeleistung für Wels und Leipart nennt, so können wir das Urteil darüber jedem anständigen Proleten überlassen.

Aus dem Neujahrsartikel des Genossen Klaus Zweiling wird ein einziger Satz, der eine sachliche Kritik an der kommunistischen Politik enthält zitiert — sonst nichts. Und das genügt, um auch ihn der Hilfeleistung für Wels und Leipart zu bezichtigen.

So grotesk solche „Politik“ ist — noch grotesker ist es, daß es Proletarier gibt, denen die „Rote Fahne“ so etwas vorzusetzen wagen darf. Unbeirrt davon wird die Sozialistische Arbeiterpartei weiter ihren Weg der Klassenmobilisierung gehen, der der einzig mögliche Weg zur Überwindung des Faschismus und zur Befreiung der Arbeiterklasse aus ihrer politischen Entrechtung und materiellen Verelendung ist.

# Welle wilder Streiks

## Zahlreiche Verhaftungen im Westen

Berlin, 4. Januar.

Die vierte Notverordnung hat unter der Arbeiterschaft eine begriffliche Erregung verursacht, die nun von den Kommunisten allenthalben zur Auslösung von Streiks benützt wird. Die Agitation zeigt sich besonders im Westen Deutschlands, wo aus verschiedenen Orten Berichte über Streikversuche einlaufen. Einen nennenswerten Umfang haben aber diese Bewegungen nirgends angenommen. So wird aus dem Industriebezirk Recklinghausen gemeldet, daß von 54 Zechen nur auf der Schachtanlage Westerholt 516 von 730 Mann Belegschaft am 4. Januar in den Streik getreten sind. Außerdem sind — in erheblichem kleinerem Umfange — Teilstreiks erfolgt auf den Zechen „Monopol-Grübe“ und „Diergardt“. In Köln kam es, nach den vorliegenden Berichten — zu einer vorübergehenden Störung des Straßenbahnverkehrs.

Mag auch die offiziöse Berichterstattung die Tendenz verfolgen, die Streikaktionen in ihrem Umfang zu verkleinern, so steht doch heute schon fest, daß diese ganze, von den Kommunisten in die Wege geleitete Aktion ein Schlag ins Wasser ist. Das war nach der ganzen Anlage der Aktion auch gar nicht anders zu erwarten. Der Arbeiter hat einen gesunden Instinkt dafür, daß seine Stärke in der Verbundenheit mit der Masse liegt, und sträubt sich dagegen, diese Verbundenheit zu lösen. Das aber wird ihm zugemutet, wenn Streikbewegungen nicht aus dem Arbeitsverhältnis heraus wachsen, sondern von außen und ohne Rücksichtnahme auf die unter der Belegschaft herrschende Stimmung diktiert werden. Auch wir sind der Meinung, daß die Arbeiterschaft sich zur Wehr setzen und — da alle anderen Mittel nachweislich versagen — sich der Streikwaffe bedienen muß. Aber man darf ihm diese Waffe nicht in die Hand zwingen. Die endlose Reihe von Niederlagen, die die Kommunisten durch diese konsequente Mißachtung dieses Gesetzes herbeigeführt haben, sollte endlich auch bei ihnen die Erkenntnis geweckt haben, wie völlig falsch die von ihnen befolgte Methode ist. Das Resultat ist immer dasselbe. Aeger noch: je öfter die Arbeiterschaft zu Opfern solcher Experimente gemacht wird, um so schwieriger wird es, sie von der Notwendigkeit eines Streiks zu überzeugen und in ihr den Willen zum Widerstand mit allen Mitteln zu entfachen.

Ob bewußt oder unbewußt: in der Praxis arbeitet diese kommunistische Streikagitation der Gewerkschaftsbürokratie direkt in die Hand.

## Die Polizei wütet

Oberhausen, 4. Januar.

Hundert Personen, die versuchten, Streikposten aufzustellen und teilweise auch unter Gewalt Arbeitswillige am Betreten der Arbeitsstätte zu hindern, wurden heute hier festgenommen. Sie wurden dem Richter vorgeführt und werden heute noch im Schnellverfahren abgeurteilt werden.

## Überall Verhaftungen

TU. Düsseldorf, 4. Januar.

Der Polizei war bekanntgeworden, daß kommunistische Trupps Montag in den frühen Morgenstunden beabsichtigten, Arbeiter auf dem Wege zur Arbeit anzuhalten und zum Streik zu veranlassen. Starke Polizeikräfte gingen daraufhin überall in der Stadt die kommunistischen Trupps schon so früh ab, daß sie ihr Vorhaben nicht ausführen konnten. Über 150 Personen sind festgenommen worden. Zu irgendwelchen Störungen ist es dabei nicht gekommen.

Remscheid, 4. Januar.

Im Zusammenhang mit dem von der Kommunistischen Partei zum 4. d. M. propagierten Streik wurden heute vormittag 61 Personen vorläufig festgenommen. Aus sämtlichen Bezirken der Stadt liegen abschließende Meldungen vor, daß in sämtlichen Betrieben die Belegschaften vollständig erschienen sind und ungestört gearbeitet wird.

Bochum, 2. Januar.

An verschiedenen Schachtanlagen versuchten Erwerbslose vergeblich, die Arbeiter zum Streik zu bewegen. An der Zeche „Robert Mueser“ in Werne und an der Zeche „Constantin 3/4“ mußte die Polizei unerlaubte Ansammlungen zerstreuen. Mehrere Personen, die Flugblätter verteilten, wurden festgenommen. Insgesamt erfolgten sieben Verhaftungen.

TU. Wuppertal, 4. Januar.

Im Wuppertaler Industriebezirk, zu dem auch Remscheid, Solingen, Velbert, Wülfrath und Neviges gehören, versuchten die Kommunisten am Montag früh erfolglos zum Streik aufzufordern. Wegen Belästigung von Arbeitswilligen, Verteilung von Flugblättern und Veranstaltung unerlaubter Kundgebungen wurden insgesamt 96 Personen zwangsgestellt.

In Gladbach-Reydt wurden im Zusammen-

hang mit der kommunistischen Streikhetze neun Personen verhaftet.

Dortmund, 3. Januar.

Am Sonnabend wurden von der Polizei vier Flugblattverteiler gestellt, von denen einer eine Pistole mit sechs scharfen Patronen bei sich trug. Zwei Arbeiter wurden festgenommen; gegen die beiden anderen ist Strafanzeige erstattet.

## Teilstreiks auch in Berlin

Wie im Westen, so haben auch in Berlin die Kommunisten Streikparolen herausgegeben. Befolgt wurden diese nur in einigen kleineren Betrieben der Metallindustrie, worunter sich auch eine Filiale der zum Zepplin-Konzern gehörenden Zahnradfabrik Friedrichshafen befindet. Die größeren Betriebe blieben von der Bewegung bisher so gut wie unberührt. Eine Ausnahme bildet nur die AEG-

## Ältestenrat am 12. Januar

Berlin, 4. Januar

Präsident Lohse hat den Ältestenausschuß des Reichstags für Dienstag, den 12. Januar, 11 Uhr vormittags, einberufen, um eine Entscheidung über den neuen Antrag der Kommunisten auf vorzeitige Einberufung des Reichstages herbeizuführen. Da die SPD bereits erklärt hat, daß sie die Einberufung — angeblich aus politischen Gründen — nicht wünscht, wird der kommunistische Antrag zweifellos abgelehnt werden.

## Ein Einbrecher erschossen

Bremen, 4. Januar.

Mehrere Einbrecher drangen in der vergangenen Nacht in die Wohnung eines Lehrers in Hemelingen ein, wurden jedoch von dem Lehrer überrascht. Als die Einbrecher eine drohende Haltung gegen ihn einnahmen, gab er in der Not einen Schuß aus seinem Jagdgewehr ab, der den vielfach vorbestraften Willy Müller aus Hemelingen traf und ihn auf der Stelle tötete.

## 300 Fässer Petroleum explodiert

Buenos Aires, 3. Januar.

In Gualeguaychu (in der Provinz Entre Rios) explodierte bei einem Brande 300 Petroleumfässer, wobei drei Personen ums Leben kamen.

# Der Austritt des Gen. Ströbel aus der SAP

Berlin, 4. Januar 1932.

Wir meldeten bereits den Austritt des Genossen Heinrich Ströbel aus unserer Partei, der von ihm selbst bisher offiziell nicht begründet worden ist. Es ist klar, daß ein solcher Schritt politische Hintergründe hat und nicht — wie die Presse, die sich Politik nur in Form von Intrigen und Hetze vorstellen kann, weil sie selbst nicht anders Politik betreiben kann, behauptet — persönliche. Zunächst sei festgestellt, daß an der teilweise aufgestellten Behauptung, Ströbels Schritt sei nach einem heftigen Auftritt mit dem Genossen Seydewitz erfolgt, kein einziges wahres Wort ist. Ebenso sind die Behauptungen über mangelnde Meinungsfreiheiten der SAP — aufgestellt von denen, die Meinungsfreiheit nie vertragen konnten — frei erfunden. Obgleich von Anbeginn weitgehende politische Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Genossen Ströbel und den meisten anderen Genossen bestanden, ist Ströbel nie gehindert worden, im Rahmen der Organisation, in Versammlungen und Zeitungen, und auch nach außen seine abweichende Meinung völlig ungehindert zu vertreten. Im Gegenteil: Genosse Ströbel wurde vom Vorstand der SAP in weit größerem Umfang um Übernahme von Versammlungen gebeten, als er zu übernehmen in der Lage war.

Genosse Ströbel ist von vornherein unter einem spezielleren Gesichtspunkt aus der SPD ausgeschieden, als das bei den meisten andern der Fall war. Für ihn stand das Vorgehen des sozialdemokratischen Parteivorstandes gegen die Friedensgesellschaft im Zentrum seines Entschlusses, die SPD zu verlassen. Die Konsequenz

Entwicklung der SAP zu einer Partei mit revolutionären Zielen und revolutionärer Taktik

hielt er nicht für richtig, und durch diese Entwicklung wurde der Moment herbeigeführt, in dem er unserer Partei nicht länger glauben angehören zu können.

## Der politische Horizont der SPD-Presse

Wie nicht anders zu erwarten, hat der Austritt des Genossen Ströbel aus der SAP in der SPD-Presse lautes Triumphgeschrei ausgelöst. Sie kommentiert diese Tatsache mit Ausdrücken, wie „Zerfall“, „Auflösung“, „völliges Chaos“ usw.

Wie gewöhnlich im Kampfe gegen die SAP, so steht auch diesmal in kleinlicher Gehässigkeit

und Verleumdung wieder das „Sächsische Volksblatt“ an der Spitze. Ein ehrlicher Mensch wie Ströbel, heißt es da, kann es in der SAP nicht aushalten: „Die wilden Männer um Zweiling und Lewy, die wie Konfektionsschneider Politik machen wollen nach festgelegten Rezepten, gleichwie man Hosen näht, die egalweg Revolution schreiben und alles tun, sie zu verhindern, die wie die KPD in der Sozialdemokratie den Hauptfeind des Proletariats erblicken und darüber die wirklichen Feinde der Arbeiterschaft vergessen, dürfen einen vollen Sieg buchen.“ Grotesk wirkt, daß das „Volksblatt“ sich an der gleichen Stelle über — „unsachliche Kampfweise der SAZ“ beschwert. — Dazu bedarf es keines Kommentars.

In der „Chemnitzer Volksstimme“ nimmt Böchel in einem Leitartikel zu Ströbels Austritt Stellung. Die Explosion, die er vorausgesagt habe, sei durch Ströbels Ausscheiden schneller als erwartet erfolgt. Daran knüpft Böchel seine politischen Betrachtungen, die für die Linie der linken Sozialdemokratie äußerst interessant sind. Zwischen SPD und KPD sei kein Platz für eine proletarische Partei, denn man muß „entweder den besonnenen Weg des politischen Möglichen gehen oder aber den Kurs der Katastrophenpolitik steuern“. Damit gibt Böchel auch für sich und seine Freunde zu, daß sie

keinen anderen Weg als den der Tolerierung des „kleineren Übels“

sehen, gibt er zu, daß es für ihn eine sozialistische Klassenpolitik nicht gibt. Wer seinen Bankrott so klar eingesteht — Groeners Neujahrsaufruf kommentarlos an der Spitze des Blattes neben dem erwähnten Leitartikel wirkt als treffende Illustration —, sollte nicht von politischem Bankrott anderer Parteien sprechen. Böchel macht es sich leicht: er zitiert aus dem Artikel des Genossen Rosenfeld, der den Generalstreik im Falle des Regierungseintritts Hitlers fordert, einige Sätze, in denen die Gefahr der legalen Machtübernahme durch die Hakenkreuzler gekennzeichnet wird, und folgert daraus: na also, wenn das eine Gefahr ist — dann Tolerierungspolitik, dann braucht man keine neue Partei zu gründen. Aber die weittragende Forderung, die der eigentliche Inhalt dieses Artikels ist, die Aufforderung an die Arbeiterschaft, zur schärfsten Waffe zu greifen — die unterschlägt Böchel seinen Lesern, weil sie allzuschlecht mit der Tolerierungspolitik und den Böchelschen Konstruktionen vereinbar ist.

In haltlosen Kombinationen läßt sich auch die „Volkszeitung für die Oberlausitz“ aus. Die Gründe für Ströbels Austritt kennt sie, wie sie zugibt, nicht; also dichtet sie. Einmal ist es die „Ehrlichkeit und Offenheit“, die Ströbel das „weitere Verbleiben in der Partei verwehrt“ haben, zum andern aber hat die „verleumdende Agitation gegen die SPD“ ihn vertrieben. Außerdem wird hier und auch in anderen Blättern orakelt, daß nun Ströbels engere Freunde, vor allem Kleineibst, den gleichen Weg gehen würden. An alledem ist kein wahres Wort. Weder Kleineibst noch andere Genossen sehen sich veranlaßt, der SAP den Rücken zu kehren, weil Meinungsverschiedenheiten über diese und jene Frage bestehen. Solange in der SAP genügend Spielraum ist, kameradschaftlich in demokratischen Formen für ihre Auffassung zu kämpfen — und das ist der Fall! — fühlen sie sich in keiner Weise in ihrem Wirken für die Sache des Sozialismus behindert. In der SPD war und ist das anders!

Wenn die SPD heute wissen will, daß die SAP im Zerfall sei, so ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Die Partei steht fest und gewinnt jeden Tag neue Anhänger. Unsere alten Ortsgruppen wachsen ununterbrochen, und Schlag auf Schlag werden neue gegründet. Viele Ortsgruppen der SAP sind heute schon größer als vorher die SPD-Ortsgruppe des betreffenden Ortes, und in den proletarischen Massenorganisationen wächst unser Einfluß täglich. Man lese nur in der heutigen Nummer die Meldung aus Klingenthal im „Täglichen Vormarsch“ oder die verschiedenen Nachrichten über unsern Erfolg im Osnabrücker Gewerkschaftskartell, über den Wiederhall unserer politischen Aktion in Hamborn, in Breslau und bei den Berliner Kraftfahrern. Unsere Genossen sind von der Wichtigkeit und dem Ernst unserer Arbeit, von den Notwendigkeiten, vor denen unsere Partei und die ganze Arbeiterklasse steht, viel zu sehr durchdrungen, um sich durch den Schritt eines einzelnen, der den Weg mit ihnen nicht weitergehen wollte, nur einen Augenblick in ihrer Arbeit hemmen zu lassen. Im Gegenteil: Im Kampf um die Auslösung der proletarischen Revolution wächst die SAP täglich organisatorisch und ideologisch fester zusammen. Unsere Genossen kennen auch heute nur das eine Ziel:

Vorwärts für die SAP und mit der SAP zur proletarischen Revolution!



# Revolutionäre Aktivierung!

Die Parole des Berliner  
Bezirksparteitags der SAP

## Die politische Aufgabe der SAP

Ein umfangreicher Bezirksparteitag der SAP Groß-Berlin beschäftigte sich mit den Gegenwartsaufgaben der Sozialistischen Arbeiterpartei. Auf der Tagung kam immer wieder der lebendige Wille der proletarischen Massen zum Ausdruck, die revolutionäre Einheitsfront zur Abwehr des Faschismus zu formen und durch klare, konkrete Aktionen des Tages dem Angriff gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem zielbewußte Form zu geben. Die Sozialistische Arbeiterpartei muß die Führerin in der proletarischen Revolution sein. — diese Devise Revolution sein. — diese Devise Revolution sein. — diese Devise Revolution sein.

Der erste Verhandlungstag des Bezirksparteitags war der Entgegennahme der Geschäftsberichte und der Beratung des Bezirksstatuts gewidmet.

Die politischen Verhandlungen wurden eröffnet durch ein Referat des

### Genossen Klaus Zweiling

über die politische Lage und die Aufgaben der SAP. Genosse Zweiling begann mit einer Darstellung der weltwirtschaftlichen Lage und schilderte dann die drohende faschistische Gefahr. Er führte aus:

Das Kapital sieht sehr wohl, daß Organisationen wie die Gewerkschaften, die — infolge der sie heute noch beherrschenden reformistischen Bürokratie — als ein Bollwerk gegen den kapitalistischen Erdbeben erscheinen, in ganz kurzer Zeit

zum Ausgangspunkt eines für die kapitalistische Klasse und für die bürgerliche Gesellschaft vernichtenden Widerstandes werden können.

Das deutsche Bürgertum wird, je weiter die Krise fortschreitet, umso schneller in die Zwangssituation versetzt, die proletarischen Organisationen zu zerschlagen.

Der Krisenprozeß — d. h. die massenhafte Vernichtung der Produktivkräfte — würde die rapidesten Formen annehmen, sobald der Faschismus die Macht an sich gerissen hat.

Terror und Hunger würden Hand in Hand gehen.

Und der Vernichtungsprozeß „überzähliger“ Produktivkräfte Maschinen und Menschen, könnte eines Tages in seine gigantischste Form übergehen, in die Form des imperialistischen Krieges.

Das Ziel eines neuen kapitalistischen Weltbrandes wäre zweifellos die Sowjetunion. Dort ist der gewaltigste der heute noch vorhandenen Märkte, den sich der Kapitalismus neu erschließen könnte. Ein anderes Moment, das den Kapitalismus zur blutigen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion bestimmen kann, ist die psychologische Wirkung: solange nämlich die Sowjetunion als Staat der proletarischen Diktatur fortbesteht, ist ein geistiger Kristallisationspunkt für eine widerstandswillige Arbeiterklasse gegeben; solange besteht für den Kapitalismus eine erhebliche Gefahr, daß das Beispiel der Sowjetunion zum Mittelpunkt einer neuen Kraftentfaltung des Proletariats in anderen Ländern werden würde.

Ein weiterer Grund für den Faschismus, das Terrorregime aufs äußerste zu verschärfen, liegt in der tiefen sozialen Zerküftung des faschistischen Lagers. Gerade weil der Faschismus sich sehr schnell „abwirtschaften“ muß — nicht in seiner Eigenschaft als Instrument der Konterrevolution, sondern mit Bezug auf die Hoffnungen der Masse, die heute das Hauptkontingent seiner Anhänger stellen! —, gerade deshalb ist er gezwungen, die blutige Unterdrückung aller Gegenkräfte immer weiter zu steigern.

Nichts kann in diesem Augenblick schädlicher für das Proletariat sein als der Glaube an die Einhaltung der „parlamentarischen Spielregeln“ durch Hitler, ein Glaube, der den ganzen Abgrund der sozialdemokratischen Politik enthüllt. Aber auch die kommunistische Bürokratie lähmt die Kampfkraft des Proletariats, indem sie die Macht ergreifung Hitlers als eine gegebene Tatsache hinstellt.

Es gibt aber eine Möglichkeit, den Faschismus vor seiner Machtergreifung zu schlagen: die revolutionäre Ueberwindung des kapitalistischen Systems!

Gerade weil die Situation so konterrevolutionär ist, wachsen die Aussichten auf die Möglichkeit einer proletarisch-revolutionären Aktion. Wir können mit unserem Kampf nicht warten, bis die SAP zur großen Massenpartei geworden ist; wir haben keine Zeit zu warten! Vorbefingung eines sieghaften Aufstiegs der Partei wie des Gesamtproletariats ist

rücksichtslose Klarheit nach innen und nach außen.

Wir haben kein Recht, nach Kompromißformulierungen zu suchen und so den uns gestellten Aufgaben auszuweichen!

Die folgende, vom Genossen Klaus Zweiling vorgelegte Resolution nahm der Bezirksparteitag als Formulierung seines politischen Willens an:

Der Sozialismus ist Notwendigkeit geworden nicht bloß deshalb, weil das Proletariat unter den Lebensbedingungen nicht mehr zu leben gewillt ist, die den kapitalistischen Klasse bereitet, sondern deshalb, weil, wenn das Proletariat nicht seine Klassenpflichten erfüllt und den Sozialismus verwirklicht, der ganzen Gesellschaft der Untergang bevorsteht.

Die Verwirklichung des Sozialismus aber ist nur möglich

durch die revolutionäre Zertrümmerung der bürgerlichen Staatsmaschine und ihre Ersetzung durch die Diktatur des Proletariats, deren historische Form die wirklich die Massen erfassenden Arbeiterräte sind.

Es genügt für die proletarische Revolution nicht, im Zentrum die offizielle Gewalt zu stürzen und durch ein paar Dutzend neue Männer zu ersetzen. Von der obersten Spitze des Staates bis zur kleinsten Gemeinde muß die proletarische Masse die überkommenen Organe der bürgerlichen Klassenherrschaft durch eigene Klassenorgane, die Arbeiterräte, ersetzen. In jedem Ringen mit dem Kapital, Brust an Brust, in jedem Betrieb, durch unmittelbaren Druck der Massen, durch Streiks, durch eigene ständige Vertretungsorgane müssen gleichzeitig die Arbeiter die Kontrolle über die Produktion und schließlich die tatsächliche Leitung an sich bringen.

Dieser politische und wirtschaftliche Massenkampf ist ein ganzes System sich entwickelnder Aktionen, die sich in ihrer Form verschärfen und logisch zum Aufstand gegen den kapitalistischen Staat führen.

Die Aufgabe der Sozialistischen Arbeiterpartei ist es, mit ihrer ganzen Kraft dahin zu wirken, die politischen Voraussetzungen für die Aktionsfähigkeit des Proletariats zu schaffen und in diesen Aktionen dem Proletariat die zielklare politische Führung zum Sozialismus zu geben. Diese Aufgabe fällt der Sozialistischen Arbeiterpartei zu, weil die Politik der Sozialdemokratischen Partei bewußt darauf gerichtet ist, Massenaktionen revolutionären Charakters zu verhindern; weil die Kommunistische Partei durch opportunistische Politik die revolutionäre Parole vom Sozialfaschismus, die RGO-Politik, das Stöhnen mit dem Nationalsozialismus und die Sabotage der Einheitsfront unfähig gemacht hat, den herrschenden Zustand der Massenlebenslage zu überwinden; und weil das bürgerliche Regime in beiden Parteien eine rechtzeitige Aenderung des Kurses verhindert.

Die Lösung dieser Aufgabe ist um so dringender, als die einzige Möglichkeit bietet, die Uebernahme der Macht durch den Faschismus zu verhindern. Die Verschärfung der Krise und der Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft, beschleunigt noch durch die Wirkungen der letzten Notverordnung, haben ein solches Tempo angenommen, daß in kürzester Zeit das Monopolkapital seine Herrschaft über die Arbeiterklasse nur noch unter Anwendung des schärfsten Terrors, das heißt unter Einsatz des Faschismus sichern kann.

Das aber würde die blutige Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen bedeuten. Denn auch der Faschismus könnte die weitere Zuspitzung der inneren Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft nicht verhindern, würde sie im Gegenteil erheblich weiter verschärfen. Da der Faschismus ferner außerstande ist, die Existenzbasis der von der gesellschaftlichen Entwicklung zerrissenen und proletarisierten Mittelschichten wiederherzustellen, würde er die große Masse seiner Anhängerschaft bald enttäuschen. Diese Entwicklung aber würde dann noch bestehende proletarische Massenorganisationen zu einer tödlichen Gefahr für die faschistische Herrschaft und die kapitalistische Gesellschaft werden lassen. Jede Hoffnung, der Faschismus werde, an die Macht gelangt, die proletarischen Massenorganisationen bestehen lassen, und sei es auch nur unter der Bedingung, daß die Führung dieser Organisationen sich dem faschistischen Machtapparat einbilden würde, bedeutet daher eine gefährliche Täuschung der Arbeiterklasse.

Wir werden sprechen müssen von den Endlösungen. Aber wir wissen auch, daß die Mobilisierung der Massen für diese Endlösungen der Uebergangslösungen bedarf. Zu welchen Zielen wollen wir das Proletariat aufrufen?

Hier taucht die Frage der Räte auf, die, wie Lenin gesagt hat, die historisch gegebene Form der Diktatur des Proletariats sind. Es gilt nicht nur ein Werkzeug zu schaffen, mit dem man die konterrevolutionären Kräfte innerhalb und außerhalb des Landes niederhalten kann — das ist die negative Seite —, sondern es gilt vor allem die Arbeiterklasse selbst zum Träger des staatlichen Machtapparates zu erheben. Die Räte sollen sein der Ausdruck der Aktivität des siegreichen Proletariats — in der Abwehr der Sabotage wie in der Machtausübung in Gesetzgebung und Verwaltung. Jeder einzelne

Aus den gleichen Gründen würde die Uebernahme der Macht durch die Faschisten eine gefährliche Verschärfung der Kriegstendenzen bedeuten und damit eine verschärfte Bedrohung der Sowjetunion, des russischen Staates, in dem das Proletariat die Bourgeoisie unterdrückt und seine Diktatur errichten konnte.

In der Abwehr des Faschismus konzentriert sich daher die politische Tagesaufgabe der proletarischen Arbeiterklasse. Die Bekämpfung des Faschismus aber ist nur möglich, wenn durch den Kampf gegen die unmittelbaren Wirkungen der Krise die Arbeiterklasse in die Lage kommt, die Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaft, d. h. durch die Organisation der Aktion der Arbeiterklasse zur proletarischen Revolution

III. Die geschichtlichen Bedingungen, unter denen die Sozialistische Arbeiterpartei an die Lösung dieser Aufgabe zu gehen hat, sind gekennzeichnet dadurch, daß einerseits schnell zu fallenden kapitalistischen Wirtschaft ein fester denn je in sich gefestigter bürgerlicher Machtapparat und eine politisch zerklüftete, aktionsunfähige proletarische Masse gegenübersteht. Die SAP muß sich bewußt sein, daß eine solche Situation

den Charakter einer vorrevolutionären Situation trägt

und ganz plötzlich in die offen revolutionäre Situation umschlagen kann, wenn das Proletariat an irgend einer Stelle vielleicht gar nicht bedeutungsvollen Stelle zu einer wirklichen Massenaktion schreitet. Die SAP hat daher über die Herbeiführung solcher Massenaktionen hinaus die Aufgabe, schon jetzt mit all ihren Organen im Proletariat das Verständnis für die Aufgaben der revolutionären Aktion, insbesondere für die Uebernahme der Macht auf Arbeiterräte zu wecken und ihre gesamte Tätigkeit auf diese Perspektive einzustellen.

Unter den gegebenen geschichtlichen Bedingungen in einer Periode, in der die Parolen durch die Diktatur des Artikels 48 außer Wirksamkeit gesetzt sind; in der durch einfaches Regieren der entscheidende Teil der Sozialgesetzgebung beseitigt und Millionen von Sozialrentnern ihrer Unterstützung beraubt werden; in der das Tarifrecht durch einen Forderstreik zum großen Teil beseitigt und der Lohn- und Gehaltsabbau mit einem Schlag für das ganze Proletariat verhängt wird — in einer solchen Periode müssen alle bisher üblichen parlamentarischen und nur-gewerkschaftlichen Aktionen wirkungslos bleiben. In dieser Situation müssen auch die reinen Parteikämpfe, wie sie von der SPD und dem Reichsbanner im Rahmen des bürgerlichen Staates und von der KPD und der RGO mit scheinrevolutionären Parolen, aber isoliert von der großen Masse des Proletariats immer wieder aufgezogen werden, wirkungslos verpuffen.

Nur Aktionen, in denen planmäßig die Angehörigen der ganzen Arbeiterklasse, vor allem die Mitglieder der großen proletarischen Klassenorganisationen zusammengefaßt werden, können zum Erfolg führen. Diese Aktionen müssen in ihren Forderungen von den jeweils gegebenen Verhältnissen ausgehen, aber in ihrer Zielrichtung über den Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft und des bürgerlichen Staates hinausgehen. Zu diesem Zweck müssen besonders die Machtmittel der Gewerkschaften in den politischen Massenkampf eingesetzt, die wirtschaftlichen Kämpfe in politische übergeleitet werden.

IV. Zur Einleitung solcher Aktionen muß in erster Linie der bereits vorhandene Wille der Arbeiterklasse zur

Abwehr des Faschismus

ausgewertet werden. Zu diesem Zweck müssen die Genossen der SAP dahin wirken,

1. daß überall überparteiliche, antifaschistische Kartelle gebildet werden, in die die proletarischen Massenorganisationen, die politischen Parteien und die Wehrorganisationen Vertreter entsenden;
2. daß in Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen die Bereitschaft zum politischen Streik und zum organisierten Schutz der Betriebe, Arbeiterquartiere und der Einrichtungen und Veranstaltungen der Arbeiterorganisationen

klassenbewußte Proletarier muß wirkendes Glied und bestimmender Faktor der Revolution sein!

Ausgehend von diesem Endziel haben wir unsere Tagesaufgaben zu lösen. Eine dieser Aufgaben besteht in der Schaffung antifaschistischer Kartelle. Wir wollen die proletarische Einheitsfront nicht als leere, inhaltlose und formlose Parole. Zunächst erscheinen uns notwendig örtliche Kartelle, wobei immer wieder versucht werden muß, die Massenorganisationen zu gewinnen. Die Entstehung solcher Kartelle in allen Teilen des Reiches würde

die Grundlage für die revolutionäre Machterfaltung schaffen.

Dabei muß auf die engste Zusammenarbeit mit der Betriebsarbeiterschaft geachtet werden. Von den Betrieben muß immer wieder ein neuer Kraftstrom den Kartellen zufließen.

geweckt wird für den Fall des Eintritts der Faschisten in die Regierung oder ihres besonders herausfordernden Auftretens;

3. daß Vertreter von Betrieben, die solche Beschlüsse fassen, den Kartellen angegliedert werden, und daß die Kartelle ihrerseits die engste Fühlung mit den Betrieben suchen und den Betriebsvertretern einen möglichst großen Einfluß einräumen;
4. daß Vertreter der Erwerbslosen den Kartellen angeschlossen und den Erwerbslosen spezielle Aufgaben zugewiesen werden;
5. daß die Kartelle benachbarter Orte und Bezirke untereinander Fühlung nehmen;
6. daß in den Kartellen alle Maßnahmen für den Fall des Eintritts der Faschisten in die Regierung gemeinsam im einzelnen vorbereitet werden;
7. daß die Kartelle darüber hinaus ihre Aufgabe darin sehen, ununterbrochen die proletarischen Massen über das Wesen der kapitalistischen Krise und des Faschismus aufzuklären, das Verständnis für ihre revolutionäre Ueberwindung zu wecken und durch jeweils der Entwicklung der Aktionsfähigkeit des Proletariats angepaßte Aktionen den proletarischen Kampfwillen systematisch zu steigern.

Gleichzeitig wird die fortschreitende kapitalistische Krise, der immer rascher vor sich gehende Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft die noch in den Betrieben tätige Arbeiterschaft tiefer auf und schafft damit zugleich die Möglichkeit und die Notwendigkeit, auch von dieser Basis aus die proletarischen Massen zu aktivieren. In besondere ist auf dieser Grundlage die Voraussetzung dafür zu schaffen, der proletarischen Gesamtaktion die zielklare Richtung auf den Sozialismus zu geben. Deshalb müssen die Genossen der SAP dahin wirken,

1. daß in Betrieben, die von Massenentlassungen oder Betriebsstilllegungen bedroht sind und in denen eine dadurch hervorgerufene Beunruhigung der Arbeiterschaft die Voraussetzung einer erfolgreichen Aktion geschaffen hat, Belegschaftsbeschlüsse herbeigeführt werden, die die Aufhebung des Betriebsgeheimnisses fordern, um den Arbeitern durch ihre Betriebsräte unter Hinzuziehung von Gewerkschaftsfunktionären die Kontrolle der Betriebsführung zu ermöglichen;
2. daß solche Forderungen von Belegschaften Widerhall durch Mitgliederbeschlüsse der Gewerkschaften finden und
3. auf örtlichen und bezirklichen Betriebsrätekonferenzen zum formulierten Willen großer Arbeitermassen erhoben werden;
4. daß jede solche Aktion mit der Aufklärung der beteiligten Arbeiter verknüpft wird, daß die vom Kapitalismus gefesselten Produktivkräfte von völliger Vernichtung bedroht und nur in einer sozialistischen Planwirtschaft wieder in vollem Umfang in Tätigkeit zu setzen sind;
5. daß in Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen, sowie in gemeinsamen öffentlichen Kundgebungen der Arbeiterorganisationen gegen den Lohnabbau und die Vernichtung des Tarifrechts zugunsten der Unternehmer Kampfbeschlüsse gefaßt werden, wo die notwendigen Voraussetzungen gegeben sind, auch zum Streik geschritten wird;
6. daß solche Beschlüsse durch örtliche und bezirkliche Betriebsräte- und Gewerkschaftsfunktionär-Konferenzen auf breitester Grundlage gestellt werden.

V.

Und bei all diesen wirtschaftlichen und politischen Aktionen zielklar führend im Sinne des Sozialismus wirken zu können, müssen sich die Genossen der SAP überall an ihnen beteiligen, müssen dabei aber strengste Geschlossenheit untereinander wahren. Insbesondere muß die SAP, um zu zielklarer politischer Führung befähigt zu sein, unbeschadet völliger Unterordnung unter das gemeinsame Klassenziel für sich und ihre Interorganisationen, insbesondere den Sozialistischen Schutzbund, die volle organisatorische Selbständigkeit und die strengste Einheitlichkeit im Auftreten nach außen wahren.

Wir haben die Aktivität innerhalb der Berliner Gasarbeiter erlebt. Die hannoverschen Elektrizitätsarbeiter geben ein ähnliches Beispiel für die Bereitschaft zur Einheitsfront. Andere Betriebe folgen. Der Kampfeswille des Proletariats steigt unaufhörlich! Es gilt diese Bewegung weiterzutragen. Aus dem Protest gegen den Lohnraub, gegen die Betriebsstilllegungen, müssen weitergehende Aktionen herauswachsen, vor allem einzelne Streiks, damit die scharfe Waffe des politischen Generalstreiks wieder ins Bewußtsein des Proletariats tritt.

Das Referat des Genossen Zweiling wurde von den Delegierten mit starkem Beifall aufgenommen. Nach einer lebhaften und ausgedehnten Diskussion wurde die vom Genossen Zweiling eingebrachte Resolution (siehe oben) angenommen.

(Über den weiteren Verlauf des Bezirksparteitags berichten wir morgen.)